

1 Beschlossen auf dem Landesparteitag (7.12.2013) in Herne:

2 **Kommunalpolitische Leitlinien 2014**

3 **Inhaltsverzeichnis:**

4	Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!	Seite 2
5	1. Städte und Gemeinden gehören uns allen!	Seite 3
6	2. Öffentlich ! Solidarische Wirtschaft – Gerechte Finanzen	Seite 4
7	3. Fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	Seite 7
8	4. Armut bekämpfen – Soziale Gerechtigkeit schaffen	Seite 10
9	5. Gesundheit ist ein Menschenrecht!	Seite 12
10	6. Gute Pflege	Seite 15
11	7. Für eine lebenswerte, soziale Stadt	Seite 18
12	8. Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten	Seite 23
13	9. Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Grundrecht auf Mobilität	Seite 27
14	10. Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt!	Seite 29
15	11. Für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft vor Ort	Seite 32
16	12. Kultur für Alle	Seite 33
17	13. Sport ist Lebensqualität	Seite 35
18	14. Bildung und Ausbildung: ein universales Menschenrecht	Seite 37
19	15. Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche	Seite 47
20	16. Altern in Würde und sozialer Sicherheit	Seite 49
21	17. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit	Seite 50
22	18. Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander aller Kulturen	Seite 54
23	19. Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	Seite 56
24	20. Für eine kommunale Friedenspolitik	Seite 58
25	21. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!	Seite 60
26	22. Für den Ausbau kommunaler Demokratie	Seite 61
27	Mit der LINKEN für die Verbesserung der Lebenslage der Menschen vor Ort	Seite 63

28 **Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!**

29 DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den
30 etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

31 DIE LINKE steht für eine Demokratisierung und Rekommunalisierung – eine Wiedergewinnung des
32 öffentlichen Sektors für alle, die in den Städten und Gemeinden des Landes leben.

33 DIE LINKE steht für Vielfalt, ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener
34 Lebensweisen im friedlichen Nebeneinander. Wir entwickeln unsere Politik nach
35 Grundüberzeugungen und sachlichen Kriterien. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an
36 Interessengruppen, tauschen sie nicht gegen Posten und orientieren sie nicht an Meinungsumfragen.
37 Die Zukunftsgestaltung von Städten darf nicht in Parteizirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden
38 oder in der Grauzone sogenannter Hinterzimmergespräche mit wirtschaftlich starken Lobbyisten
39 ausgehandelt werden.

40 DIE LINKE steht für Solidarität statt Vereinzelung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und eine
41 Gemeinschaft, in denen alle eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Herkunft, Alter,
42 Geschlecht oder Hautfarbe darf kein Hemmnis sein, sondern soll und muss vielmehr im Gegenteil
43 eine Bereicherung der -kulturellen- Vielfalt sein.

44 DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen Bürgerrechte haben, die in der jeweiligen
45 Stadt oder Ort ihren Lebensmittelpunkt haben und es wollen.

46 Seit der Kommunalwahl 2009 haben wir uns vielerorts erfolgreich gegen weitere Privatisierungen
47 und für kommunale Betriebe, gegen schlechte Bezahlung und für Mindesttarife, gegen Kürzungen im
48 sozialen, kulturellen oder Bildungsbereich und für eine bessere finanzielle Ausstattung eingesetzt.

49 Das wird auch so bleiben: DIE LINKE beteiligt sich auf keinen Fall an einer Politik, die Stellenabbau,
50 Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen
51 verbessert.

52 Die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland ist nach wie vor dadurch gekennzeichnet, dass die
53 Schere zwischen arm und reich sich immer weiter öffnet. Der wissenschaftliche Dienst des
54 Bundestages hat im Auftrag der Fraktion DIE LINKE ermittelt, dass die Zahl der Millionäre auf 892.000
55 gestiegen ist und diese 1,1 % der Bevölkerung über ein Vermögen von 2,38 Billionen Euro und damit
56 über mehr als 36 Prozent des gesamten Vermögens verfügen.

57 Die Anhäufung eines solchen Vermögens in wenigen Händen war einerseits möglich, weil immer
58 mehr Menschen gezwungen wurden für Billiglöhne und in prekären Verhältnissen zu arbeiten. Mit
59 Hartz IV wurden Erwerbslose entrechtet. Der Regelsatz reicht zum Leben nicht aus. Andererseits
60 wurden die Steuern für die Reichen gesenkt und auch mit diesem Mittel eine Umverteilung von Arm
61 zu Reich durchgesetzt. Diese Anhäufung des Vermögens bedeutet aber auch, dass ehemals
62 kollektives Eigentum, über das die Kommunen verfügen konnten (Wohnungen, Stadtwerke, Kultur
63 etc.) sich heute in privater Hand befindet und dadurch einem demokratischen Entscheidungsprozess
64 weitgehend entzogen wurde.

65 Auch in anderen europäischen Staaten – und in der EU – erleben wir allerorten die Vertiefung der
66 Spaltung in der Gesellschaft. Die Menschen in den Städten und Gemeinden von Griechenland bis
67 Portugal leiden unter einer europäischen (Finanz-) Politik, die soziale Errungenschaften und Löhne

68 drastisch kürzt und Erwerbslosigkeit, insbesondere für junge Menschen, produziert. Durch die Politik
69 der Bundesregierung und der EU werden nicht Staaten oder Menschen gerettet, sondern Banken und
70 Millionäre. Auch hier sind wir als LINKE die Alternative und sagen: Ein anderes Europa ist möglich.

71 Wir kämpfen, in den Kommunen wie in Europa dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden
72 niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass die
73 Interessen weniger Besitzender über die Interessen der Mehrheit gestellt werden. Wir stehen für ein
74 neues Modell der Gesellschaft, ein Modell des Miteinanders, der praktischen Solidarität. Es braucht
75 Kommunen, denen die soziale Gerechtigkeit wieder an erster Stelle steht. Alle sollen wieder am
76 gesellschaftlichen Reichtum teilhaben und damit auch die Möglichkeit, sich an der demokratischen
77 Willensbildung aktiv zu beteiligen, durch die Nutzung von Bürgerentscheiden wie durch die direkte
78 Beteiligung der Betroffenen an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Es lohnt sich wählen zu
79 gehen.

80 **Es lohnt, DIE LINKE zu wählen.**

81 **1. Städte und Gemeinden gehören uns allen!**

82 Wir wollen, dass Menschen in jedem Ort besser leben können, und sind daher für "Eine Stadt/ Eine
83 Kommune für Alle", denn soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische
84 Kommunen. Gerade in der Kommune, die den Menschen politisch am Nächsten ist, bietet sich die
85 Möglichkeit direkt demokratisch und politisch Einfluss zu nehmen und Dinge zu verändern oder
86 umzusetzen.

87 DIE LINKE setzt sich ein für:

- 88 • Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, dauerhafte Gesundheit, chancengleiche Bildung,
89 umweltfreundliche Mobilität, vielfältige Kultur und Freizeit für alle, ökologische und
90 natürliche Lebensbedingungen, kurze Wege für Jung und Alt;
- 91 • Grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer
92 Kontrolle statt Privatisierung;
- 93 • Nein zu den Hartz-Gesetzen, und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer
94 unsozialen Folgen;
- 95 • Gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und
96 Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte, Sicherheit und Integration für
97 Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung;
- 98 • Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern,
99 Ganztagsplätze in Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche;
- 100 • Umfassende demokratische Mitwirkung, denn die Menschen müssen auch außerhalb von
101 Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen beteiligt sein.

102 Wir wollen soziale, lebenswerte, ökologische und demokratische Städte und Gemeinden in ganz
103 Nordrhein-Westfalen.

104 Wir sagen gleichzeitig, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Privatbanken,

105 Fonds und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen in NRW und seinen Kommunen
106 entscheidend zurückgedrängt wird. Davon wird abhängen, ob die in diesem Programm geforderten
107 Alternativen durchgesetzt werden können.

108 **2. Öffentlich ! Solidarische Wirtschaft – Gerechte Finanzen**

109 Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer
110 Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens. Effektive und
111 preiswerte Dienstleistungen und Güter von Kommunen und kommunalen Unternehmen werden
112 aufgrund von Globalisierung, europäischer Integration und neo-liberalem Wettbewerb immer
113 seltener.

114 Seit Jahren kämpft DIE LINKE vor Ort, dass städtische Unternehmen nicht für Gewinninteressen
115 privatisiert werden, weil sonst notwendige Investitionen unterbleiben oder hinausgezögert werden.
116 Inzwischen werden, nicht nur in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales
117 Eigentum zurückgeführt. Immer mehr Menschen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht
118 leistungsfähiger und preisgünstiger. Deshalb werden auch wieder zunehmend kommunale
119 Unternehmen gegründet.

120 Trotzdem: Die Spaltung in reiche und arme Kommunen vertieft sich in NRW – viele Städte sind in
121 einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen.
122 Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der
123 Liquiditätssicherung dienen. Sie wurden zum Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der
124 Städte und Gemeinden, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und
125 damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur
126 enger wird. Aus der Spirale sinkender Handlungsfähigkeit und wachsender sozialer Probleme führt
127 nur ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt heraus, der u.a. die Kommunen mit stabilen
128 Steuereinnahmen ausstattet. Neben höheren Anteilen aus dem gesamtgesellschaftlichen
129 Steueraufkommen müssen die Grund- und Gewerbesteuer grundlegend erneuert werden. Die
130 Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden.

131 „Solange diese grundlegenden Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind,
132 beteiligt sich DIE LINKE nicht an durch angebliche Sachzwänge diktierten Sparhaushalten, auch nicht,
133 um ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern.“

134 Durch derartige Anstrengungen der Kommunen wird nur der Druck auf Land und Bund, endlich zu
135 einer durchgreifenden Reform der Kommunalfinanzen zu kommen und das Konnexitätsprinzip
136 einzuhalten, erheblich vermindert.“

137 Mittlerweile sind die NRW-Kommunen - nach Angaben des statistischen Landesamtes - mit 58,1
138 Milliarden Euro dramatisch verschuldet. Die Städtepakt-Beteiligungsmodelle von SPD und Grünen in
139 NRW sind daher nicht nur weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem wird durch finanzielle
140 Belastung etwas besser gestellter Kommunen im Land ungerecht und dauerhaft die Problematik
141 noch weiter verschärft. Wir unterstützen die Forderung nach einem Solidarbeitrag für finanziell
142 angeschlagene Kommunen in Deutschland. Diesen "Soli" müssen aber nicht erneut die Bürgerinnen
143 und Bürger finanzieren, sondern in erster Linie Reiche und Erben von Millionen-Vermögen. Die LINKE
144 setzt sich für ein Schuldenmoratorium und einen Altschuldenfonds für die stark überschuldeten
145 Städte und Gemeinden ein. Die LINKE verteidigt die kommunale Selbstverwaltung gegen die
146 Zwangsverwaltung der Regierungspräsidien.

147 Eine Steigerung der Hebesätze zur Grundsteuer B lehnen wir ab, denn diese werden nur abgewälzt
148 und belasten zusätzlich erneut Menschen, die in Mietwohnungen leben.

149 „Solange die anderen Parteien auf Bundesebene nicht bereit sind, die Betriebskostenverordnung zu
150 reformieren und den Miethaiern zu untersagen, die Grundsteuer B über die Betriebskosten auf die
151 MieterInnen abzuwälzen, wird es von der LINKEN keine Zustimmung zur Steigerung der Hebesätze
152 der Grundsteuer B geben.“

153 Die LINKE NRW hat im Landtag erreicht, dass der wirtschaftlichen Betätigung der Kreise, Städte und
154 Gemeinden und ihren öffentlichen Unternehmen wieder mehr Spielraum verschafft wurde. Sie hat
155 die Landesregierung dazu veranlasst, die Einschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung von
156 Gemeinden wieder rückgängig zu machen. Die LINKE setzt sich weiterhin für den Erhalt und den
157 Ausbau öffentlichen Eigentums ein, das die allgemeinen Voraussetzungen für die Produktion und für
158 die Reproduktion der Gesellschaft sichert. Das Prinzip der Gewinnorientierung führt zu
159 Fehlallokationen von Ressourcen.

160 Wegen der Liberalisierung der Ver- und Entsorgungs- und anderer Märkte dominiert in öffentlichen
161 Unternehmen oft der Leitsatz der Konkurrenz und die Gewinnorientierung, da öffentliche
162 Unternehmen - insbesondere Sparkassen und Stadtwerke - aufgrund der falschen Steuerpolitik einen
163 wichtigen Beitrag zum kommunalen Haushalt leisten müssen. Erst die Loslösung von großen
164 Energiekonzernen und Kreditinstituten und eine andere Steuerpolitik schaffen daher die nachhaltige
165 Möglichkeit, Gewinne für andere Schwerpunktsetzungen in den kommunalen Unternehmen zu
166 verwenden und den Spielraum für die Vereinbarkeit der unterschiedlichen Interessen von
167 Beschäftigten, Sicherung von Ausbildung, Substanzerhalt, Umwelt, sozial angemessene Energiepreise
168 zu schaffen.

169 Durch öffentliche Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge (Wohnen, Ver- und Entsorgung,
170 Sparkassen) besteht die Möglichkeit, den Warencharakter dieser Dienste zurückzudrängen und die
171 Kostenstrukturen um den Gewinnaufschlag zu entlasten; die Preise müssen wieder den Charakter
172 von Gebühren annehmen, die im Rat festgelegt werden.

173 Die Öffentlichen Unternehmen sollen Vorreiter sein bei demokratischer Mitwirkung der relevanten
174 gesellschaftlichen Gruppen und bei Transparenz ihrer Gremien. Die Rechtsform öffentlicher
175 Unternehmen bleibt zweitrangig gegenüber den Möglichkeiten effektiver demokratischer
176 Mitbestimmung. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung, auch durch
177 Minderheitsbeteiligungen, aus und gemeinsames Eigentum verschiedener öffentlichen Träger ein.
178 Die LINKE setzt sich heute schon für jeden Schritt in diese Richtung ein: Rekommunalisierung,
179 Gestaltung fakultativer Aufsichtsräte, Weisungsbefugnisse der Räte usw.

180 Städte und Kreise haben wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei der
181 Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur. Mit
182 diesen Strukturen, die die Privatwirtschaft selber nicht schaffen kann, wird arbeitsteiliges
183 Wirtschaften erst ermöglicht.

184 Die Folgen des Niederganges der Montanindustrie sind nicht überwunden, das zeigen die immer
185 noch überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten im Ruhrgebiet oder im Bergischen Land. Der
186 Arbeitsmarkt ist gespalten. Durch eine mangelhafte Bildungspolitik und den demographischen
187 Wandel verstärken sich auch im Ruhrgebiet die Anzeichen eines Fachkräftemangels. Auf der anderen
188 Seite verfestigt sich Langzeitarbeitslosigkeit.

189 In NRW bestehen verschiedene komplementäre, sich gegenseitig ergänzende Wirtschaftsräume.
190 Zwischen und innerhalb dieser Wirtschaftsregionen bestehen zum Teil erhebliche Differenzen in den
191 Lebensverhältnissen.

192 Die kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten
193 Standort und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Wir sind
194 für die regionale und interkommunale Zusammenarbeit von Landkreisen und Kommunen zur
195 Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation und Zusammenarbeit über Städte-
196 und Ländergrenzen hinweg. Dazu gehört auch die gegenseitige Unterstützung bei der Ansiedlung
197 neuer Gewerbe. Wenn eine Stadt einer anderen eine Gewerbeansiedlung vermittelt, weil sie die
198 entsprechende Flächen nicht zur Verfügung stellen kann, können sich die Kommunen in den ersten
199 Jahren die Gewerbesteuer teilen.

200 Die LINKE will die Rolle der Kreis- bzw. Stadtverwaltung als wirtschaftspolitische Akteurin und
201 Moderatorin vor Ort stärken. Branchenkonferenzen, Runde Tische aller wirtschaftlichen Akteure
202 können wichtige Voraussetzungen für die Bewältigung von Beschäftigungsproblemen und
203 Strukturkrisen sein.

204 Die LINKE will die Probleme von besonders benachteiligten Stadtteilen stärker berücksichtigen. Hier
205 gilt es, Konzepte "lokaler Ökonomie" zu fördern. Wir sind für die Förderung von Genossenschaften,
206 da sie eine direkte Einflussnahme ermöglichen. Außerdem treten wir für eine Unterstützung für
207 start-up-Unternehmen ein und die Bereitstellung von Ressourcen wie Kunstateliers und
208 Handwerkerhöfe für Freischaffende sowie Jungunternehmen.

209 Stadtentwicklung, die nur auf Arbeitsplätze mit geringer Wertschöpfung und prekären
210 Beschäftigungsverhältnissen orientiert (Handel und Logistik), lehnen wir ab. Vorrang sollte die
211 Schaffung produktiver Arbeitsplätze haben. Stattdessen geht es in einer älter werdenden
212 Gesellschaft um den Erhalt der Nahversorgung, Infrastruktureinrichtungen und Mobilität. Wir
213 fördern Ansätze zum Personenverkehr ohne Auto bis hin zum fahrscheinlosen ÖPNV-Angebot für
214 alle.

215 DIE LINKE ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und
216 Arbeitsmarktpolitik.

217 Die LINKE setzt sich weiterhin ein für:

218 • eine grundlegende Entschuldung, eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im
219 Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf 28 Prozent und eine Gegenfinanzierung nach
220 den Bundestagswahlen 2013 durch die Einführung einer Millionärsteuer sowie eine höhere
221 Erbschaftssteuer, um die öffentlichen Einnahmen für die Städte und Gemeinden in NRW zu
222 stärken;

223 • ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen
224 Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu
225 verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohnerinnen und Einwohner durch soziale
226 Dienstleistungen und soziale Tarifstrukturen einzulösen;

227 • Rekommunalisierung: Privatisierte Stadtwerke müssen zurück in öffentliche Hand. Die
228 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden und die

- 229 Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Betroffenen-Organisationen in Entscheidungen
230 der Unternehmensführung und Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden;
- 231 • die Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihrem regionalen Markt wirksam
232 Einfluss nehmen können. Die Energieversorgung hat im öffentlichen Eigentum zu erfolgen;
- 233 • kommunale Wohnungsunternehmen sollen nicht nur einen Mindestbestand an gut
234 erhaltenen Wohnungen besitzen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum
235 mit öffentlicher Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale
236 Mietpreisbildung nehmen;
- 237 • kommunale Krankenhäuser als notwendiger Bestandteil öffentlicher Gesundheitsversorgung;
- 238 • eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute
239 Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung,
240 Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten;
- 241 • Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung bei Sicherheit,
242 Wachdiensten, Fahrdiensten, Friedhöfen, Reinigung, Wäschereien, Schul- und
243 Hausverwaltungen;
- 244 • den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen, denn die Turbulenzen auf den internationalen
245 Finanzmärkten und die Folgen der Auflösung der Westdeutschen Landesbank, jetzt Portigon
246 AG, dürfen nicht auf den Schultern der kommunalen Sparkassen ausgetragen werden;
- 247 • Privatisierung oder Teilprivatisierung von Sparkassen lehnen wir ab;
- 248 • kommunale und regionale Zusammenschlüsse als Alternative zu drohenden Privatisierungen,
249 insbesondere im ländlichen Raum;
- 250 • die Gewährleistung der Kontrolle und Überprüfung der Zwecke der städtischen
251 Unternehmen durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt.

252 **3. Für eine fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

253
254 Wirtschaftlicher Strukturwandel und neoliberale Politik haben in den vergangenen Jahrzehnten
255 entscheidend dazu beigetragen, dass in NRW ein massiver Arbeitsplatzabbau stattgefunden hat, der
256 auch nicht annähernd durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze kompensiert werden konnte.
257 Ausgründungen ehemals kommunaler Betriebe, die Schließungen von Zechen im Ruhrgebiet als auch
258 von Betrieben zahlreicher Großkonzerne in NRW wie Thyssen/Krupp, Nokia, Q-Tell, Siemens oder
259 aktuell Opel Bochum und der damit einhergehende und zu verantwortende Arbeitsplatzabbau haben
260 dazu beigetragen, dass die Kommunen seit Jahren mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen
261 haben.
262 Was in früheren Jahren noch durch eine qualifikations- und beschäftigungsorientierte
263 Arbeitsmarktpolitik und ein System von Existenz sicherndem Arbeitslosengeld bzw. -hilfe
264 aufgefangen werden konnte, hat durch Hartz IV, Niedriglohnpolitik und einem Ausbau von
265 Befristungen und Leiharbeit in vielen Städten zu einer dramatischen Abwärtsspirale geführt. So
266 haben Städte wie Duisburg oder Dortmund als ehemalige industrielle Hochburgen heute nicht nur
267 Armutsquoten von über 25% aufzuweisen, sondern es werden von diesem Trend inzwischen ganze
268 Stadtteile erfasst, dies geht einher mit hohen Wohnungsleerständen und einem Abbau sozialer und
269 kultureller Einrichtungen in diesen Vierteln.

270 Neoliberale Politik und das falsche Dogma „Privat vor Staat“, das von der Mehrheit der politischer
271 Entscheidungsträger/innen in den Kommunen vertreten wird, haben dazu geführt, dass im
272 Öffentlichen Dienst und in kommunalen Betrieben ein erheblicher Stellenabbau erfolgte, so dass seit
273 1990 mehr als 50% aller sog., von Vollzeit und unbefristeter Beschäftigung geprägter,
274 Normalarbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor abgebaut wurden. Dies ging einher mit einer
275 fehlenden Übernahme von Auszubildenden in den kommunalen Verwaltungen und Betrieben.
276 Diese Entwicklungen haben zu einer enormen Arbeitsbelastung im Öffentlichen Dienst und hohen
277 Krankenständen der Mitarbeiter/innen und zu einer erheblichen Verschlechterung der kommunalen
278 Daseinsvorsorge geführt. Viele Bereiche der Kommunalverwaltung stehen am Rande ihrer
279 Leistungsfähigkeit, mancherorts droht gar der Zusammenbruch kommunaler Leistungen und
280 Angebote.
281 Um jedoch das kommunale Angebot des auf diese Weise "verschlankten Staates" zumindest
282 teilweise aufrecht zu erhalten, wurden weite Teile bisheriger öffentlicher Beschäftigung durch 1 €-
283 Jobber/innen bzw. heute zunehmend durch den sog. Bundesfreiwilligendienst, befristete
284 Arbeitsverhältnisse und Zunahme prekärer Beschäftigung aller Art ersetzt. Die Bekämpfung von
285 Massenarbeitslosigkeit wurde weitestgehend dem Hartz IV-Regime in Gestalt der Jobcenter
286 überlassen, die jedoch grundsätzlich eher Arbeitslosigkeit verwalten, als arbeitslose Menschen in den
287 ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die seit Jahren erfolgten drastischen Sparmaßnahmen im Bereich
288 der Arbeitsmarktpolitik auf Bundes- und Landesebene haben ihren Teil dazu beigetragen, dass weder
289 von den Jobcentern noch von den Kommunen die Schaffung von nachhaltiger
290 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auch nur im Ansatz realisiert wird.
291 Die ehemals vollmundigen Versprechungen der "Hartz IV-Reformer", die Arbeitslosigkeit zu
292 halbieren, sind an der kapitalistischen Realität wie Seifenblasen zerplatzt. Im Gegenteil hat die von
293 SPD und Grünen geführte Regierungskoalition in NRW sich mit dem "Stärkungspakt Stadtfinanzen"
294 einem noch weiter verschärften Konsolidierungskurs verschrieben, der in den meisten Kommunen
295 mit weiterem Personal- und Sozialabbau verbunden ist.
296 So richtig es ist, die Situation der kommunalen Haushalte durch Forderungen nach mehr Einnahmen
297 wie z.B. einer andere Steuerpolitik, einer Reform der Gewerbesteuer oder einem anderen
298 Finanzausgleich zu verbessern, so ist dadurch jedoch noch keinesfalls gewährleistet, dass damit auch
299 ein Kurswechsel in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfolgt. Eine fortschrittliche Arbeitsmarkt-
300 und Beschäftigungspolitik in den Kommunen, die ihren Namen verdient, muss deshalb grundsätzlich
301 eine entschiedene Absage an die bisherige neoliberale Arbeitsmarktpolitik enthalten und gleichzeitig
302 aufzeigen, welche Weichen gestellt werden müssen, um mehr Beschäftigung in den Kommunen zu
303 ermöglichen.

304

305 **I. Mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst schaffen**

306

307 Deshalb muss eine fortschrittliche Kommunalpolitik dafür eintreten, dass nicht nur jeglichem
308 Personalabbau im Öffentlichen Dienst eine konsequente Absage erteilt wird, sondern im Gegenteil
309 die Forderung erheben, mehr Beschäftigung durch den Ausbau kommunaler Dienstleistungen zu
310 schaffen. Dem Öffentlichen Dienst kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil er privaten
311 Gewinninteressen entzogen ist und grundsätzlich über die kommunalen Gremien einer
312 demokratischen Gestaltung unterliegt. Dafür ist es notwendig, dass mit einem kommunalen
313 Beschäftigungsprogramm die Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden verbessert wird:

314 ♣ Einrichtung von Stadtteilzentren, insbesondere in sog. Stadtteilen mit besonderen
315 Erneuerungsbedarf bzw. sozialen Brennpunkten, in denen soziale, technische und
316 handwerkliche Dienstleistungen in öffentlicher Trägerschaft zu den Bedingungen „Guter
317 Arbeit“ angeboten werden. Diese Angebote sollen Erwerbslosen und Geringverdienenden
318 zur Verfügung stehen, die sich derartige Angebote am „freien“ Markt nicht leisten können.

319

320 ♣ Der Ausbau kommunaler Eigenbetriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

321

322 ^ DIE LINKE.NRW wird sich in den kommunalen Gremien für eine unbefristete Übernahme von
323 Auszubildenden im Öffentlichen Dienst einsetzen.

324

325 ^ Dort wo DIE LINKE.NRW Einfluss auf die kommunalen Arbeitgeber besitzt, werden wir Druck
326 machen, um eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich im öffentlichen Dienst zu
327 erreichen.

328

329 ^ Kein weiterer Stellenabbau im kommunalen Öffentlichen Dienst

330

331 ^ Neue Beschäftigungsverhältnisse sind sozialversicherungspflichtig, tariflich bezahlt und
332 grundsätzlich unbefristet einzurichten.

333 des Missbrauchs des Bundesfreiwilligendienstes in den Kommunen.

334

335 ^ Förderung von Formen alternativen Wirtschaftens, z.B. Genossenschaften und Bürgerläden

336 ^

337 **II. Die Jobcenter müssen ihrer arbeitsmarktpolitischen Verpflichtung nachkommen.**

338

339 Die Jobcenter haben sich inzwischen aus ihrer Verantwortung verabschiedet,
340 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen. Spätestens seit der sog.
341 "Instrumentenreform" wird Arbeitslosigkeit in den Kommunen lediglich noch "verwaltet", indem die
342 Menschen im Hartz IV-Bezug nahezu ausschließlich in 1 €-Jobs, Bewerbungstrainings oder sog.
343 "Maßnahmen" beliebiger Art abgeschoben werden, ohne dass damit auch nur annähernd die
344 Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt verbunden wäre. Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit
345 konnten im Jahr 2011 lediglich 1,7% der Leistungsbezieher_innen eine sozialversicherungspflichtige
346 Beschäftigung aufnehmen und lediglich 0,3% den Leistungsbezug beenden. Da in der
347 Trägerversammlungen der Jobcenter gleichberechtigt kommunale Vertreter_innen sitzen, haben die
348 Kommunen einen nicht unerheblichen Einfluss auf die jeweils jährlich zu beschließenden
349 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme. Um also die Geschäftspolitik der Jobcenter in eine
350 andere Richtung zu lenken, bedarf es kommunalpolitischer Vorgaben, um einen Kurswechsel bei den
351 Jobcentern zu erreichen.

352

353 Diese Vorgaben sollten folgende Forderungen in den Mittelpunkt stellen:

354

355 • konsequente Absage an 1 €-Jobs und stattdessen die Schaffung bzw. Förderung
356 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

357

358 • Der Ausbau von Umschulungs- und Weiterbildungsangeboten mit hohen fachlichen
359 Standards, zu den Bedingungen „Guter Arbeit“, in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen,
360 Berufskollegs und freien Trägern.

361

362 • Forderung nach mehr qualifiziertem Personal in den Jobcentern, um die Betreuungsqote pro
363 Sachbearbeiter_in deutlich zu verringern

364

365 • das Jobcenter berichtet in jeder Sitzung des Sozialausschusses über den jeweiligen Stand des
366 arbeitsmarktpolitischen Programms

367

368 • Stopp jeglicher Sanktionspraxis und Einrichtung eines Sanktionsmoratoriums auf
369 kommunaler Ebene

370

371

372

373

374 **III. Kommunale Beschäftigungsträger müssen prekärer Beschäftigung eine Absage erteilen**

375

376 Mit Hartz IV wird die kommunale Arbeitsmarktpolitik hauptsächlich durch sog. Beschäftigungsträger
377 "vollstreckt", die nahezu ausschließlich von den jeweiligen Jobcentern mit Zuschüssen in
378 Millionenhöhe finanziert werden. Diese sind die "Hauptakteure" des Hartz IV-Regimes, weil von
379 ihnen nicht nur die 1 €-Jobs durchgeführt werden, sondern bei ihnen auch sämtliche anderen
380 Maßnahmen wie Bewerbungstrainings, 50-Plus-Programme, etc. erfolgen. Sie "kassieren"
381 überwiegend die Gelder, die vom Bundesministerium für Arbeit an sog. Eingliederungsbudgets
382 jährlich für die aktive Arbeitsmarktpolitik bewilligt werden. Es ist deshalb unabdingbar, hier den
383 Hebel anzusetzen, um bei den Beschäftigungsträgern eine andere Art von kommunaler
384 Beschäftigungsförderung zu realisieren. Um dies zu erreichen, müssen die lokalen Sozialausschüsse
385 und Trägerversammlungen mit einer alternativen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Form
386 von Anträgen und kommunalen Aktionsprogrammen konfrontiert werden, um einen Kurswechsel für
387 eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in den Kommunen auf den
388 verschiedenen Ebenen anzustoßen.

389

390

3. Armut bekämpfen - Soziale Gerechtigkeit schaffen

391 Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut ist menschenunwürdig. In vielen Städten im Ruhrgebiet
392 wie z.B. in Duisburg und Dortmund liegt inzwischen die Armutsquote bei 25 %. Das führt zur
393 Verarmung ganzer Stadtteile, zu Ghettoisierung und kultureller Verödung. Mit Armut zu leben
394 bedeutet für die betroffenen Menschen den weitestgehenden Ausschluss von sozialer und kultureller
395 Teilhabe: Kino, Kultur- und Sportveranstaltungen bleiben ein Wunschtraum; es fehlt schlichtweg das
396 Geld für nahezu sämtliche Lebensbedürfnisse, die für die Mehrheit der Gesellschaft nahezu
397 selbstverständlich sind.

398 Armut ist jedoch kein unveränderbares Schicksal. Armut ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse,
399 in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet und auf
400 der anderen Seite dadurch die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer wird. Diese Entwicklung ist
401 jedoch entgegen der herrschenden Propaganda keineswegs systemneutral, sondern hat ihre Ursache
402 in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und
403 zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine
404 lebenswerte Perspektive bietet.

405 Die Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse
406 sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen. In zahlreichen
407 Stadtteilen des Reviers leben inzwischen mehr als 35 % der Menschen von Hartz IV bzw. Sozialhilfe.
408 Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeitarbeitslose, Rentnerinnen und Rentner
409 sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Ein weiterer dramatischer Aspekt liegt in der
410 Erkenntnis, dass bei steigender Kinderzahl in einer Familie auch die materielle Armut wächst, was
411 dazu geführt hat, dass in zahlreichen Kommunen inzwischen jedes dritte Kind (!) unter 15 Jahren von
412 Hartz IV lebt.

413 Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von Hartz IV und der Agenda-Politik
414 geprägt. Mit Hartz IV wurde nicht nur eine vornehmlich repressive Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt,
415 sondern die Zusammenlegung der bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe führte für Millionen
416 von Betroffenen zu einer dramatischen Absenkung ihres Einkommens. Eines der wesentlichen Ziele
417 dieser Politik bestand darin, durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes prekäre Arbeitsverhältnisse
418 jedweder Form auszuweiten, um damit die Lohnkosten zu drücken und der Lohnsubventionierung
419 Tür und Tor zu öffnen. Diese Politik hat dazu geführt, dass ein Drittel aller Hartz IV-Beziehenden

420 aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhält, weil der Lohn zum Leben nicht ausreicht.
421 Ebenso wenig reicht heute ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zum Ausstieg
422 aus der Armut, da z.B. bei mehr als der Hälfte, die den Hartz IV-Bezug verlassen, eine
423 Arbeitsaufnahme mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden ist.

424 Deshalb fordert die LINKE auf Bundesebene:

- 425 • die sofortige Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf 500 € und perspektivisch auf eine
426 Mindestsicherung nicht unter dem Existenzminimum von derzeit 1050 € (incl. Wohnkosten);
- 427 • die gesetzliche Einführung eines Mindestlohnes von mindestens 10 €;
- 428 • die Abschaffung des Sanktionssystems, das Erwerbslose bekämpft, statt Arbeitsplätze zu
429 schaffen;
- 430 • einen grundlegenden Richtungswechsel in der Arbeitsmarktpolitik, so dass mit öffentlichen
431 Beschäftigungsprogrammen statt kosmetischer Korrekturen tatsächlich die
432 Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig abgebaut wird.

433 Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten

434 Für eine wirksame Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene ist es erforderlich, zunächst einmal
435 die kommunalpolitischen Handlungs- und Entscheidungsspielräume in den Blick zu nehmen, da z.B.
436 Hartz IV ein Bundesgesetz ist und vielfach die Meinung vorherrscht, dass deshalb auf kommunaler
437 Ebene lediglich dämpfende oder flankierende Möglichkeiten bestünden. Im Gegensatz dazu gilt es
438 festzustellen, dass auf kommunaler Ebene die sog. Trägerversammlung das "Exekutivorgan" für die
439 Praxis jedes Jobcenters ist und die Kommunalvertretungen darin die Möglichkeit haben, z.B. auf die
440 jeweiligen kommunalen Arbeitsmarktprogramme einen (mit-)entscheidenden Einfluss zu nehmen.
441 Ebenso verhält es sich bei den von den Jobcentern massenhaft verhängten Sanktionen, auch da
442 könnte durch die Trägerversammlung in Form eines "Sanktionsmoratoriums" die vom Hartz IV-
443 Regime ausgehende Repression zumindest entscheidend eingedämmt werden. Ebenso bestehen
444 deutliche Handlungsspielräume bei den "Kosten der Unterkunft", die für den größten Teil der Hartz
445 IV-Betroffenen damit verbunden sind, dass sie entweder in zum Teil menschenunwürdigen
446 Wohnverhältnissen leben oder aber durch nicht anerkannte Wohnkosten gezwungen sind, die
447 Differenz zur tatsächlichen Mieten aus dem Regelsatz zu bestreiten. Insbesondere hier hat jede
448 Kommune einen alleinigen Handlungs- und Entscheidungsspielraum, in welcher Höhe sie
449 Wohnkosten für Menschen, die von Hartz IV oder Grundsicherung gezwungen sind zu leben,
450 bewilligt. Wenn z.B. die Stadt Köln jährlich ca. 10 Mio. € an Unterkunftskosten nicht anerkennt, dann
451 heißt das konkret, dass für die herrschende Politik nicht die überbeuerten Mieten die entscheidende
452 Ursache sind, sondern dass das Problem auf dem Rücken der Armutsbevölkerung ausgetragen wird.

453 Während die meisten Kommunen in NRW der dramatischen Armutsentwicklung tatenlos zusehen
454 oder den "schwarzen Peter" regelmäßig in Richtung Bundesregierung abgeben, haben einige
455 Kommunen wie Bielefeld, Mülheim oder Dortmund kommunale Arbeitsmarktstrategien beschlossen,
456 mit denen versucht werden soll, Alternativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut zu realisieren (vgl.
457 Sozialbericht NRW 2012, S. 285 ff.) Das grundsätzliche Problem dieser zunächst positiv
458 erscheinenden Gegenstrategien besteht jedoch darin, dass sie in der Ausrichtung und Finanzierung
459 integrativer Bestandteil des Hartz IV-Systems bleiben. Es wird suggeriert, als wäre es mit einer
460 Effektivierung von Maßnahmen möglich, die sog. Langzeitarbeitslosigkeit und die mit ihr

461 verbundenen "Problemgruppen" wie Alleinerziehende, über 50-jährige etc. wieder in Arbeit zu
462 integrieren, ohne die entscheidende Ursache auch nur ansatzweise zu erwähnen, dass es fehlende
463 Arbeitsplätze sind, die entscheidend dafür ursächlich sind, dass die meisten erwerbslosen Menschen
464 aus der Arbeitslosigkeit dauerhaft aussteigen können. Deshalb muss eine linke Alternative zur
465 herrschenden Arbeitsmarktpolitik und zum Hartz IV-System aufzeigen, dass es einerseits
466 systembedingte Ursachen sind, die für Arbeitslosigkeit und Armut verantwortlich sind, aber
467 andererseits auch deutlich machen, dass konkrete Reformprojekte notwendig sind, um die bisherige
468 Entwicklung umzukehren.

469 Die LINKE tritt deshalb auf kommunaler Ebene ein für:

- 470 • Perspektivlose und armutsfördernde 1 €-Jobs, Kombilohnstellen und sog. Bürgerarbeit sind
471 bedingungslos einzustellen. Stattdessen sind sozialversicherungspflichtige bzw. tarifliche
472 Stellen zu schaffen, die ausnahmslos aufstockende Hartz IV-Leistungen überflüssig machen;
- 473 • die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) ist grundsätzlich am Mittelwert des
474 jeweiligen kommunalen Mietspiegels bzw. entsprechender örtlicher Vergleichsmieten zu
475 orientieren;
- 476 • durch die Einführung eines Sozialpasses wird **Menschen mit Einkommen unterhalb des**
477 **Pfändungsfreibetrages** kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie
478 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht. Im Falle einer Kostenbeteiligung
479 muss diese sich grundsätzlich an den im Hartz IV-Regelsatz enthaltenen Bedarfsanteilen
480 orientieren;
- 481 • sämtliche schulischen Angebote und Leistungen werden **allen** Kindern von Menschen im
482 Hartz IV-Bezug, soweit sie nicht über das Bildungs- und Teilhabepaket abgedeckt sind,
483 kostenlos zur Verfügung gestellt;
- 484 • die menschenverachtende Sanktionspraxis der Jobcenter wird in Form eines
485 Sanktionsmoratoriums auf kommunaler Ebene ausgesetzt;
- 486 • kommunale Vertretungen der LINKEN werden ihr politisches Handeln regelmäßig daran
487 orientieren, mit diesen Forderungen und Positionen ihren Einfluss in den jeweiligen
488 örtlichen Sozialausschüssen, Stadtparlamenten bzw. Kreistagen und insbesondere gegenüber
489 den Kommunalvertretungen in der Trägerversammlung der Jobcenter geltend zu machen.

490 Mit diesem Forderungsprogramm wird Armut in den Kommunen NRWs nicht abgeschafft, da dazu
491 ein grundsätzlicher Politikwechsel auf Bundesebene erforderlich wäre. Das Programm würde im Falle
492 seiner Realisierung jedoch dazu beitragen, die Lebensverhältnisse eines großen Teils der Bevölkerung
493 nachhaltig zu verbessern.

494 **4. Gesundheit ist ein Menschenrecht!**

495 Die Gesundheit ist eines der höchsten Güter des Menschen. Gesundheit ist eine
496 Menschenrechtsnorm, die es zu verwirklichen gilt. Die Gesundheitsdefinition der Verfassung der
497 Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Leitbild und Ziel unserer Gesundheitspolitik: „Gesundheit
498 ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße
499 Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist

500 eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen
501 Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“

502 Gestaltung von kommunaler Gesundheitspolitik ist für DIE LINKE Gemeinschaftsaufgabe
503 von Kinder-, Jugend-, Arbeits-, Verkehrs-, Sozial-, Wohnungs-, Umwelt-, Bildungs- und
504 Wirtschaftspolitik.

505 Zuständig ist in der Kommune das Gesundheitsamt als lokal vor Ort tätige Behörde des öffentlichen
506 Gesundheitsdienstes. Zu seinen Aufgaben gehört unter anderem, das Recht auf Gesundheit auch
507 für diejenigen zu realisieren, die aus eigener Kraft und Anstrengung nicht in der Lage sind, dieses
508 Recht wahrzunehmen.

509 Von A wie AIDS-Beratung bis Z wie Zahnärztlicher Dienst umfasst das Aufgabenspektrum der
510 Gesundheitsämter etwa 70 verschiedene Bereiche und ständig kommen neue Aufgaben hinzu
511 (z.B. aktuell die Kontrolle der Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U9 für Kinder,
512 rechtliche Vorschriften nach dem Infektionsschutzgesetz, der Trinkwasserverordnung).

513 Gleichzeitig wird angesichts klammer Kommunalhaushalte beim Personal des Öffentlichen
514 Gesundheitsdienstes gekürzt. Ein Ausweg wird zum Teil in Privatisierung einzelner
515 Aufgabenbereiche gesucht und/oder gesundheitsförderliche Maßnahmen werden nur punktuell
516 als Projekte umgesetzt (wie „Gesund aufwachsen“, „Gesund durch's Leben“, Schulobstfrühstück
517 und andere).

518 Um jeder Einwohnerin und jedem Einwohner zu ermöglichen, sich für die eigene Gesundheit und für
519 gesundheitliche Interessen einzubringen, bedarf es verbindlicher Gesundheitsziele und
520 struktureller Verankerung der Maßnahmen durch ein demokratisch legitimiertes öffentliches
521 Gesundheitswesen. Für DIE LINKE ist insbesondere kommunale Gesundheitspolitik für die
522 Gesunderhaltung der Bevölkerung und Vorbeugung von Krankheiten entscheidend.

523 Immer mehr Krankenhäuser stehen vor einem finanziellen Kollaps wegen massiv gestiegener Wasser-
524 , Abwasser-, Energiekosten, nicht gezahlter Investitionen von Land und Bund sowie des
525 Konkurrenzdrucks, der sie dazu treibt, sich wie Wirtschaftsunternehmen zu verhalten.
526 Personalstellen werden abgebaut, Pflegekräfte versorgen immer mehr Patientinnen und Patienten,
527 Personal arbeitet unter belastenden Bedingungen, die z. T. zu alarmierenden Krankenständen
528 führen. Beschäftigte der Cafeterien, der Haustechnik, Labore, Gärtner und Hol- und Bringdienste
529 sowie die Reinigungskräfte werden bereits seit Jahren schon in Servicegesellschaften ausgegliedert.
530 Dies bedeutet dramatische Lohnsenkungen für Beschäftigte in ohnehin schlecht bezahlten Berufen.

531 Ursache und Ausmaß der Probleme der Krankenhäuser haben Landes- und Bundespolitik zu
532 verantworten, da sie die notwendigen Finanzmittel für Investitionen nicht auszahlen und mit dem
533 Fallpauschalen-Abrechnungssystem Fehlanreize geschaffen wurden.

534 DIE LINKE bleibt dabei, dass Krankenhäuser sich als Bereich der Daseinsvorsorge “ nicht rechnen“
535 müssen – genauso wenig wie z. B. Schulen „sich rechnen“ müssen.

536 DIE LINKE fordert:

537 • der Prävention und Gesunderhaltung (Rehabilitation) einen deutlich höheren Stellenwert

- 538 einzuräumen. Im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenzen sind regionale
539 Gesundheitsziele verbindlich festzulegen;
- 540 • Gesundheit ist keine Ware, sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. DIE LINKE
541 fordert: Privatisierung des Gesundheitswesens und Profitinteressen vor Ort stoppen! Ein
542 solidarisches Gesundheitssystem kann nur ohne Profitinteresse überleben. Es darf nicht
543 länger möglich sein, dass eine Patientenbehandlung mehr dem Gewinn dient, als der
544 Gesundheit der Betroffenen oder dass sie ihnen sogar Schaden zufügt. Krankenhäuser
545 gehören in Öffentliche Hand. Der patientenseitige Nutzen medizinischer Versorgung
546 muss wissenschaftlich beweisgestützt sein und den Betroffenen transparent gemacht
547 werden.
- 548 • DIE LINKE tritt ein für Transparenz über Eignung und Qualität von in den
549 „Gesundheitsmarkt“ eingeführten Produkten wie Medizingeräte, Heil- und Hilfsmittel,
550 Arzneien, Laborprodukte. Über kommunale Behörden müssen Informationen über Eignung
551 und Qualität von Heil- und Hilfsmitteln, Arzneien, Medizingeräten zugänglich sein
552 (vergleichbar wie Stiftung Warentest)
- 553 • Der öffentliche Gesundheitsdienst (Gesundheitsamt) ist mit seinen Aufgaben
554 Gesundheitsförderung und Gesundheitsaufklärung bei der Verbesserung der
555 Gesundheitsversorgung als die unabdingbar notwendige Schaltstelle auszubauen.
- 556 • Statt isolierter Einzelmaßnahmen ohne Nachhaltigkeit (Projekte) benötigt die Kommune
557 ein abgestimmtes Konzept – als Aufgabe der Gesundheitskonferenz - für strukturelle
558 Verbesserungen.
- 559 • Gesundheitskonferenzen müssen öffentlich sein. Konferenzergebnisse müssen öffentlich
560 bekannt gegeben werden.
- 561 • Dazu gehört im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung die Erfassung der Versorgung
562 chronisch Kranker sowie von Menschen in einer bestimmten Lebenslage wie z. B.
563 Alleinerziehende, Hochbetagte, Behinderte, psychisch Kranke, Suchtkranke sowie
564 Migrantinnen und Migranten. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über Ergebnisse der
565 Gesundheitsberichte sowie die Formulierung von Gesundheitszielen und
566 Handlungsempfehlungen im kommunalen Raum.
- 567 • Insbesondere für Kommunen im ländlichen Raum sind hinsichtlich der Altersstruktur von
568 Ärzten und Ärztinnen sowie einer verlässlichen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sind
569 neue Lösungen zu fördern wie AGnEs (Arztentlastende Gemeinenahe E-Healthgestützte,
570 Systemische Intervention) und VeraH (Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis;
571 hausärztliche Fachkräfte, die als Angestellte von Arztpraxen Hausbesuche vornehmen um die
572 Versorgungsqualität zu sichern).
573 Die Erreichbarkeit von Allgemeinmediziner_inenn kann strukturell erzielt werden
574 durch barrierefreie mobile Arztpraxen und mittels eines barrierefreien Shuttle-
575 Services zu Arztpraxen. DIE LINKE will dies in Modellversuchen testen.‘
576 •
- 577 Im Bundestag kämpft DIE LINKE für gesetzliche Rahmenbedingungen nachhaltiger Strukturen der
578 Gesundheitsversorgung, die das Gesundheitssystem wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

579 DIE LINKE streitet für

- 580 • eine verbindliche und bundesweit einheitliche Personalbemessung, um den Mangel an
581 Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in der ambulanten Versorgung und der
582 häuslichen Pflege zu beseitigen.
- 583 • Jegliche Zuzahlungen und Zusatzbeiträge für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte oder Heil-
584 und Hilfsmittel müssen abgeschafft werden.
- 585 • Gesundheitsförderung und Prävention müssen dazu beitragen, die sozialen Ursachen von
586 Krankheiten zu verringern. Wir fordern hierzu ein Präventionsgesetz.
- 587 • Um eine gute Versorgung für alle zu gewährleisten, braucht es eine solidarische
588 Gesundheitsversicherung: eine Krankenkasse für alle, in die alle Menschen, die in
589 Deutschland leben, entsprechend ihrem Einkommen einzahlen.
- 590 • Die private Vollversicherung ist damit überflüssig und wird abgeschafft. Die private
591 Krankenversicherung wird auf Zusatzleistungen beschränkt. Beschäftigten der
592 Versicherungsunternehmen wird ein sozial verträglicher Übergang in die gesetzlichen
593 Krankenkassen ermöglicht.
- 594 • Bei Einkommen aus Löhnen, Gehältern und Besoldungen zahlt der Arbeitgeber bzw.
595 Dienstherr (bei Beamteten) paritätisch die Hälfte der Beiträge.

596 **6. Gute Pflege**

597 Pflege ist als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge Aufgabe der Gesellschaft. Es geht hier um
598 Menschen, die in Folge ihrer lebensgeschichtlichen Entwicklung einen Anspruch auf erweiterte
599 pflegerische Versorgung besitzen. Politik, die gerecht und solidarisch ist, organisiert und finanziert
600 bedarfsgerechte menschenwürdige Pflege.

601 Die Pflegeversicherung ist nur eine "Teilkaskoversicherung" und chronisch unterfinanziert. Sie
602 gewährt Menschen mit Pflegebedarf nur einen Zuschuss zu den Kosten der Pflege, die familiäre,
603 nachbarschaftliche oder ehrenamtliche Pflege ergänzen soll. Die Betroffenen müssen auf ihr
604 Einkommen und Vermögen zurückgreifen. Viele werden von der Sozialhilfe oder von der
605 Unterstützung ihrer Angehörigen abhängig. Angehörige sind mit der Pflegesituation stark belastet
606 und häufig überfordert.

607 In den stationären Einrichtungen haben Betroffene kaum Möglichkeiten sich beispielsweise gegen
608 Fehlverhalten von Leistungserbringern und Warenanbietern zur Wehr setzen. Heimbewohnende und
609 ihre Betreuungsbevollmächtigten haben lediglich ein Anhör- und Beschwerderecht. Mitsprache-,
610 Widerspruchs- und Kontrollrechte der Betroffenen oder ihrer Angehörigen über die von ihnen
611 aufbrachten Mittel für Unterkunft und Verpflegung sind kaum wirksam. Des Weiteren fehlt
612 Transparenz über die Verwendung der Mittel aus der Pflegekasse.

613 Pflegerische Versorgung ist eine körperlich, seelisch und psychisch äußerst anstrengende und
614 anspruchsvolle Arbeit, die hierzulande nicht angemessen anerkannt und vergütet wird. Der
615 Arbeitsalltag von Pflegekräften ist gekennzeichnet von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und
616 schlechter Bezahlung.

617 Aufgrund der Unterfinanzierung ist die Personalbemessung im stationären und ambulanten
618 Pflegebereich viel zu niedrig. Nicht einmal der Mindestpflegebedarf, den der Medizinische Dienst der
619 Krankenkassen (MDK) feststellt, wird gedeckt. In der ambulanten pflegerischen Versorgung muss
620 jeder Handgriff minutengenau abgerechnet werden. Auch in der stationären Pflege findet fast
621 ausschließlich körperbezogene Pflege im Akkord statt. Kommunikative und soziale Bedürfnisse
622 bleiben unberücksichtigt. Darunter leiden die von Pflege abhängigen Menschen sowie das Personal.
623 Dass von Pflege abhängige Menschen heute in der Regel in stationären Einrichtungen dennoch ein
624 menschenwürdiges Leben haben, ist hoher Motivation, Mitgefühl und großem Engagement der dort
625 tätigen Menschen geschuldet, das generell weit über vertraglich vereinbarte Leistungen/
626 Arbeitszeiten hinausgeht und auf Dauer nicht durchgehalten werden kann. Viele Fachkräfte verlassen
627 nach einigen Jahren diesen Beruf.

628 Ursache bekanntgewordener Missstände, von Pflegenotstand, Fachkräftemangel und
629 Unterfinanzierung sind gesellschaftliche Entwicklungen und politische Fehlsteuerung. Leistungen
630 werden nach einem überholten Pflegebegriff vergütet. Begutachtungsverfahren erfassen den
631 individuellen Bedarf an Pflege nicht. Geänderte Familienstrukturen und Erwerbsbiographien von
632 Frauen verändern oftmals die Möglichkeiten, aber auch die Menschen mit Pflegebedarf selbst wollen
633 nicht automatisch von Angehörigen pflegerischen versorgt werden, müssen es aber, wenn sie arm
634 sind. Mini- und Midijobs in der Pflege überwiegen statt regulärer und tariflich bezahlter
635 Arbeitsplätze. Standards für eine qualitätsbezogene (Mindest-)Personalbemessung fehlen.

636 „Wir brauchen eine Entinstitutionalisierung in der Institution“, fordert der Arzt und Psychiater Dr.
637 Klaus Dörner. „Sehr oft richten sich die Bewohner in Pflegeheimen in ihrer Lebensgestaltung an der
638 Institution aus und nicht umgekehrt die Einrichtungen sich an der Lebensgestaltung der Bewohner.“
639 Ein nachahmenswerter Ansatz ist beispielsweise das angelsächsische Konzept des „Supported living“
640 (Leben mit Unterstützung). Hierbei geht es um ein „Leben so normal wie möglich“ bis zum letzten
641 Atemzug.

642 Menschen mit Pflegebedarf müssen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante,
643 teilstationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen möchten.

644 Für DIE LINKE ist das Leitbild der Inklusion, das Recht auf soziale Teilhabe und Teilnahme Maßstab im
645 Pflegebereich.

646 DIE LINKE tritt ein für

- 647 • einen Ausbau von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum (siehe Kapitel 8);
- 648 • eine Weiterentwicklung kommunaler Hilfestrukturen, die soziale Teilhabe für die Betroffenen
649 in der Mitte der Gesellschaft gewährleistet;
- 650 • Einsatz von speziell geschulten AGnES-Fachkräften (Arzt entlastende, Gemeinde nahe, E-
651 Health gestützte Systemische Intervention), die Hausbesuche machen;
- 652 • Persönliche Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe/ Freizeitmaßnahmen;
- 653 • verbesserte Koordination der Ansprech- und Koordinationspersonen vor Ort;
- 654 • Kommunale Pflegekonferenzen sind so weiterzuentwickeln, dass alle Betroffenen und

- 655 Beteiligten (Pflegekassen, MDK, Sozialämter, Staatsanwaltschaft, Heimaufsicht,
656 Angehörigenvertreter, Einrichtungen, Servicestelle Hospizarbeit, Demenznetzwerk, Pflege-
657 und Wohnberatung, Ombudsleute) dazu eingeladen werden, Wissen austauschen und
658 gemeinsam Ziele festlegen;
- 659 • Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Sozialhilfe müssen mit den Menschen mit
660 Pflegebedarf - beziehungsweise ihren Angehörigen oder gesetzlichen Vertretern – einen
661 sachgerechten Informationsaustausch sicherstellen, dass die Menschen mit Pflegebedarf und
662 ihre Angehörigen bei anstehenden Entscheidungen nicht nur informiert werden, sondern an
663 allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden;
 - 664 • einen gesellschaftlichen Dialog über menschenwürdige Begleitung und Unterstützung von
665 Menschen mit Pflegebedarf zur Frage: Was ist uns eine zugewandte, respektvolle individuelle
666 Pflege wert? (Veranstaltungen, Flyer, Pressearbeit, Anträge im Rat und in Ausschüssen)
 - 667 • unterstützende Begleitung von Menschen mit Pflegebedarf und ihren Rechtsvertretern,
668 wenn sie sich mit Beschwerden an DIE LINKE wenden, weil sie bei Heimaufsicht, Pflegekasse
669 oder Amt für Arbeitsschutz nicht zum Ziel gekommen sind;
 - 670 • mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten streiten wir
671 öffentlichkeitswirksam für diese Ziele - mit Berufsverbänden, Gewerkschaften, örtlichen
672 Beschwerdestellen („Pflegenotrufe“), Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk, ‚Bündnis für gute
673 Pflege‘, ‚Pflege geht jeden an‘, ‚An die Pflege denken‘ und anderen
 - 674 • sowie für die Aufwertung der Pfl egetätigkeit durch mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz,
675 wirksames Beschwerdemanagement und Konsequenzen nach Überlastungs-, Entlastungs-
676 oder Gefährdungsanzeigen durch Pflegekräfte.
- 677 Abwerbung ausländischer Pflegefachkräfte lehnen wir ab, wenn dadurch Nachteile in den
678 Herkunftsländern in der Pflege entstehen.
- 679 Im Bundestag kämpft DIE LINKE für entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen:
- 680 • eine gesetzliche Verankerung des neuen Pflegebegriffs gemäß dem Vorschlag des Beirats zur
681 Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs von 2009;
 - 682 • für rechtliche Instrumente, die „Whistleblower“ (Hinweisgeber) schützen und verhindern,
683 dass jemand der gefährliche Missstände anprangert, am Ende als der Geschädigte dasteht;
 - 684 • für gesetzlichen Mindestlohn;
 - 685 • verbindliche bundeseinheitliche Personalbemessung im Pflegebereich;
 - 686 • Integration der Pflegeberufe zu einer dreijährigen dualen Ausbildung mit einer zweijährigen
687 einheitlichen Grundausbildung und einer anschließenden einjährigen Schwerpunktsetzung in
688 allgemeiner Pflege, Kinderkranken- und Altenpflege mit gleichwertigen Abschlüssen.
689 Vertiefung und Differenzierung z.B. in psychiatrischer Pflege, Geriatrie oder
690 Familiengesundheitspflege erfolgt in Form von bundeseinheitlicher Weiterbildung.
- 691 Die bundeseinheitliche Pflegeausbildung nach dem Konzept der LINKEN soll nach dem

692 Berufsbildungsgesetz erfolgen, damit Ausbildungsvergütung und ein Ausbildungsrahmenplan
693 gewährleistet sind sowie Sozialversicherungspflicht.

694 • Die „Teilkaskoversicherung“ will DIE LINKE zur Pflegevollversicherung – ähnlich der
695 gesetzlichen Krankenversicherung - weiterentwickeln. Für eine Vollversicherung der
696 gegenwärtig finanzierten Leistungen wären 13 Milliarden € mehr erforderlich. Mit dem
697 Konzept der gesetzlichen solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung der Partei DIE LINKE
698 ist das zu finanzieren und entlastet die Sozialversicherungssysteme. Alle Einkommen aus
699 selbstständiger und unselbstständiger Arbeit würden bei der Bemessung des Beitrags zu
700 Grunde gelegt. Die Beitragsbemessungsgrenze soll abgeschafft werden. Die private
701 Pflegeversicherung soll perspektivisch auf Zusatzleistungen beschränkt werden.

702 **7. Für eine lebenswerte, soziale Stadt**

703 Nordrhein-Westfalen ist in großen Teilen von Städten geprägt. Kein anderes Bundesland hat 22
704 kreisfreie Städte mit jeweils mehr als 100.000 Einwohnenden. Gleichzeitig gibt es in Ostwestfalen,
705 dem Münsterland, dem Sauerland, am Niederrhein und in der Eifel auch ländlich geprägte Gebiete.
706 Städte wie Herne mit 3.205 Menschen pro Quadratkilometer oder Essen mit 2.732 gehören zu den
707 am dichtesten besiedelten deutschen Städten. Im Hochsauerlandkreis leben dagegen nur 135
708 Menschen pro Quadratkilometer.

709 Die Entwicklung von Stadt und Land, aber auch die Entwicklung der Großstädte selbst ist sehr
710 unterschiedlich. Es gibt vor allem in der Rheinschiene wachsende Städte wie Düsseldorf, Bonn und
711 Köln, das in den letzten Jahren die Millionengrenze von Einwohner/innen durchbrochen hat. Auf der
712 anderen Seite gibt es seit Jahrzehnten schrumpfende Großstädte wie die Städte des Ruhrgebiets. Der
713 nicht abgeschlossene wirtschaftliche Niedergang von Kohle und Stahl hat in der Region seit 20 Jahren
714 zu kontinuierlichen Verlusten von mehreren Hunderttausend Einwohner/innen geführt.

715 Linke Stadtentwicklungspolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und entsprechend
716 unterschiedliche Antworten entwickeln. So sind die Anforderungen an den Wohnungsbau und damit
717 an die Stadtentwicklung in Köln oder Düsseldorf angesichts Wohnungsknappheit mit außerordentlich
718 steigenden Mietpreisen anders als im Ruhrgebiet.

719 So unterschiedlich die Bedingungen sind: DIE LINKE. NRW tritt für eine solidarische Stadtentwicklung,
720 für eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle ein. Verkehrsplanung, Wohnungsbau,
721 Freizeitmöglichkeiten und Erholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf
722 die Bedürfnisse aller ausgerichtet werden.

723 In wachsenden Städten heißt das vor allem, ein Konzept für „gutes Wohnen“ für alle
724 Bevölkerungsteile zu entwickeln. DIE LINKE. NRW setzt sich vorrangig für eine Innenentwicklung ein,
725 um den Flächenverbrauch einzuschränken, für die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und für den
726 Erhalt von Freiräumen und -flächen. Wir sind gegen die Verdrängung finanzschwächerer
727 Bevölkerungsteile aus ganzen Stadtteilen und halten gegenüber Luxussanierung und Gentrifizierung
728 an einer sozialen Mischung fest.

729 In schrumpfenden Regionen wie dem Ruhrgebiet, das Produkt einer völlig überstürzten,
730 ausschließlich an Kapitalinteressen orientierten Entwicklung Ende des 19. und Anfang des 20.
731 Jahrhunderts ist, bringen die Einwohner-Verluste auch Chancen. Zu kleine Wohnungen können und
732 müssen zusammengelegt werden, heruntergekommene, überalterte Wohnblöcke saniert, umgebaut

733 oder auch zurückgebaut werden, mehr Grün und bessere Möglichkeiten für Naherholung und Freizeit
734 geschaffen werden.

735 In den ländlichen Gebieten müssen Mindeststandards für die Infrastruktur entwickelt werden. Es ist
736 für die Menschen nicht hinnehmbar, dass es auf dem Land teilweise kaum noch einen öffentlichen
737 Nahverkehr gibt und die Versorgungsbedingungen auch bei Kindertagesstätten, Schulen,
738 medizinischen Einrichtungen usw. immer schlechter werden.

739 Die Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich vor allem in den Städten in den letzten Jahrzehnten
740 stark verändert. Ein Viertel der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat einen
741 Migrationshintergrund, gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. Gerade im Ruhrgebiet ist das
742 Durchschnittsalter deutlich höher als im Landschnitt, eine Folge des Fortzuges ganzer Generationen.
743 Daraus ergeben sich Aufgaben für die Stadtentwicklung. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen
744 mit Migrationshintergrund müssen stärker berücksichtigt werden - sowohl in kulturellen und sozialen
745 Einrichtungen als auch auf den Friedhöfen. Barrierefreies Wohnen, eine gute Erreichbarkeit von
746 Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen sind notwendige Antworten auf eine älter werdende
747 Gesellschaft.

748 Gleichzeitig verfestigen sich die Gegensätze von armen und reichen Stadtteilen immer mehr. DIE
749 LINKE. NRW spricht sich deutlich gegen jede Tendenz zur Ghettoisierung und eine soziale Vielfalt in
750 den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtplanung sollte darauf hinwirken.
751 Stadtentwicklungsprojekte wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ müssen unbedingt erhalten
752 und weiterentwickelt werden. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen mit Hilfe eines
753 Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, soziale Netzwerke aufzubauen.

754 Auch unter den Bedingungen des Klimawandels müssen die Großstädte lebenswert bleiben. Es
755 müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden, die für die Verbesserung der
756 Luftverhältnisse unerlässlich sind. Der auch von der Landesregierung als Ziel angestrebte Null-
757 Flächenverbrauch erfordert ein Umsteuern städtischen Bauleitplanung. Immer neue Wohngebiete
758 auf Freiflächen sind ebenso ein Tabu wie Gewerbebetriebe oder Einkaufszentren auf der „Grünen
759 Wiese“.

760 Der Umbau im Bestand hat für DIE LINKE. NRW Vorrang, ebenso - unter Beachtung des lokalen
761 Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen - die Verdichtung schon bebauter Flächen.

762 Alle Städte sind auf einer wirtschaftlichen Basis gewachsen. Sie haben bestimmte Industriebranchen
763 beheimatet, waren Markt-, Handels- oder heute Bankplätze. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil
764 des produzierenden Gewerbes an der wirtschaftlichen Tätigkeit deutlich zurückgegangen. Die
765 zeitweise modernen Vorstellungen von der Entwicklung zu einer reinen „Dienstleistungsgesellschaft“
766 sind ebenfalls längst an der Realität gescheitert. Stadtplanung muss sich deshalb auch um die
767 Entwicklung der produktiven Basis der Städte kümmern. Gewerbe-, Industrie- und
768 Einzelhandelsflächen sind oft knapp.

769 DIE LINKE. NRW ist der Auffassung, dass vorrangig alte, ungenutzte Industrieflächen aufzuarbeiten
770 und einer Nutzung zuzuführen sind. Das Profitinteresse vieler Eigentümer, solche Flächen brach
771 liegen zu lassen, um keine Altlasten entsorgen zu müssen, ist nicht akzeptabel.

772 Zur Sicherung der Verträglichkeit von Wohnen und Industrie müssen die bestehenden Vorgaben wie
773 der Abstandserlass und die Immissionsschutzgesetze eingehalten und ständig überprüft werden.

774 Kohlekraftwerke, die statt der vorgeschriebenen 1.500 m nur 500 m von einer Wohnsiedlung
775 entfernt stehen sollen, dürfen auch nicht mit Ausnahmegenehmigung gebaut werden – selbst dann
776 nicht, wenn der Bauherr ein Energiekonzern wie E.ON ist.

777 Beim Einzelhandel muss es gerade angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr
778 um eine quartiersnahe Versorgung gehen. Auch deshalb lehnt DIE LINKE. NRW Einkaufszentren auf
779 der „Grünen Wiese“ ab. Gleichzeitig kann das leidige Thema der abends „toten“ Innenstädte nur
780 durch eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und
781 Bürogebäude mehr Rendite bringen.

782 Immer mehr Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele B-Pläne in den Großstädten
783 werden beklagt. DIE LINKE. NRW ist vor diesem Hintergrund nicht für weniger, sondern für mehr
784 Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, insbesondere für
785 größere Vorhaben. Beschleunigte Bebauungsplan-Verfahren ohne Bürgerversammlung und ohne
786 Umweltverträglichkeitsprüfung, lehnt DIE LINKE. NRW ab.

787 Einsprüche gegen B-Pläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen stärker als
788 bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen
789 von Investoren.

790 DIE LINKE. NRW tritt ein für:

- 791 • Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und
792 Bebauungsplanverfahren; Einschränkung beschleunigter Verfahren;
- 793 • Einschränkung des Flächenverbrauchs mit dem Ziel des „Nullverbrauchs“ durch Vorrang für
794 Innenverdichtung; Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch)
- 795 • Das Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten - vor allem in den Wachstumsregionen und
796 unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen. Wo möglich
797 und vertretbar sind Gebäude aufzustocken, Dachgeschosse auszubauen und leerstehende
798 Bürogebäude zu Wohngebäuden umzunutzen; zudem sind Baulücken zu schließen und Industrie-
799 und Gewerbebrachen sowie Konversionsflächen zu bebauen. Den Luxus, knappe
800 Wohnbauflächen für neue Ein- und Zweifamilienhäuser zu verschwenden, werden wir uns vor
801 allem in den Wachstumsregionen nicht länger leisten können.
- 802 • Wenn dennoch neue Wohnbauflächen erforderlich sind, dann müssen sie sich konsequent an
803 den Achsen des öffentlichen Personenverkehrs ausrichten.
- 804 • Verbesserung der Wohnbedingungen und des Wohnumfelds durch Zusammenlegung von kleinen
805 Wohnungen, Unterstützung bei energetischer Sanierung durch kommunale Beratungsstellen und
806 Schaffung von Grünflächen;
- 807 • Verhinderung von Ghettoisierungen von Teilen der Bevölkerung in den Stadtquartieren und
808 bewusstes planerisches Gegensteuern gegen die Herausbildung von armen und reichen
809 Stadtteilen; das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen muss auch innerhalb der Kommunen
810 gelten;

- 811 • Erhalt und Ausweitung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“, die
812 unerlässlich sind für die Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen „auf der
813 Kippe“ und den Umbau bis hin zum Abriss ganzer Wohnblöcke in dichtbesiedelten,
814 heruntergekommenen Wohnungsbeständen;
- 815 • Ausweitung des Quartiersmanagement in Innenstädten und Stadtteilen mit sozialen Nachteilen;
- 816 • Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Experten, die bei größeren Bebauungs-
817 oder Stadtumbauprojekten beraten, um die Bauqualität zu verbessern;
- 818 • die Berücksichtigung der vielfältigen Interessen, kulturellen und religiösen Hintergründe der
819 Bevölkerung bei Aufgaben der Stadtentwicklung; das gilt bei Kindertagesstätten, Schulen, Sport-
820 und Freizeiteinrichtungen ebenso wie bei kommunalen Friedhöfen, die auch Menschen nicht-
821 christlicher Religionen Ruhestätten bieten;
- 822 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten und Wohnprojekten und -gemeinschaften
823 für ältere Menschen, die ein möglichst langes selbstbestimmtes, eigenständiges Leben
824 ermöglichen;
- 825 • die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung,
826 die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt; dabei müssen die bestehenden
827 Abstands- und Immissionsschutzregelungen strikt eingehalten werden;
- 828 • keine Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“; größere „Shopping Malls“ müssen in
829 Stadtentwicklungskonzepte eingebunden werden;
- 830 • vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und
831 Industrie; konsequente Verpflichtung der früheren Besitzer beziehungsweise Nutzer zur
832 Altlastenbeseitigung;
- 833 • die Wiederbelegung der Innenstädte durch Wohnprojekte; der systematische Leerzug der 60er
834 und 70er Jahre, bei dem massenhaft Wohnungen in Büros und Geschäfte umgewandelt wurden,
835 muss „umgedreht“ werden;
- 836 • die Möglichkeiten zur Nutzung kommunaler Flächen durch Erbpacht statt Verkauf sollen
837 ausgeweitet werden, um den kommunalen Einfluss zu erhalten; Verkauf von zum Wohnungen
838 genutzten Erbpachtgrundstücken vorrangig an die Bewohner/innen;
- 839 • die Förderung des Denkmalschutzes durch die Kommunen, da Kommunen erst durch ihre
840 Geschichte ein Gesicht erhalten; Rücknahme der drastischen Kürzungen beim Denkmalschutz
841 durch das Land NRW;
- 842 • die Entwicklung von Mindeststandards und Ansprüchen an die Infrastruktur im kleinstädtischen
843 und ländlichen Raum; hierzu gehören Angebote an Kindertagesstätten, Schulen, Ärzten, Einkaufs-
844 und Freizeitmöglichkeiten sowie gute öffentliche Verkehrsverbindungen.
- 845 Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung!
- 846 Die Aufgaben der Kommunen lassen sich immer weniger in den Grenzen einer Stadt oder eines
847 Landkreises bewältigen. Bei der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser oder der Abfallbeseitigung ist

848 oft regionale Kooperation zwingend erforderlich. Auch bei Freizeit und Kultur nutzen die Menschen
849 in Städten und Gemeinden nicht nur die Angebote ihres Wohnortes.

850 Zudem haben sich gerade in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahrzehnten Wirtschaftsräume
851 herausgebildet, die sich alle gerne mit dem Etikett der „Metropole“ schmücken. Das als Region erst
852 im vorletzten Jahrhundert auf der Grundlage von Kohle und Stahl entstandene Ruhrgebiet nennt sich
853 „Metropole Ruhr“, im Raum Köln wirbt die Industrie- und Handelskammer für die „Metropole
854 Rheinland“ und Aachen hat mit dem Umland die Städteregion Aachen gebildet, die
855 Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen ist und Aufgaben u.a. im Bereich der Schulträgerschaft, der
856 Sozialverwaltung sowie die Straßenverkehrs- und Ausländerbehörden übernommen hat.

857 Gerade die Städteregion Aachen pflegt – wie andere Grenzstädte in Nordrhein-Westfalen – enge,
858 grenzüberschreitende Verbindungen mit den Niederlanden und Belgien, die sich als Grenzregion und
859 gemeinsame Entwicklungsregion begreifen.

860 Der Herausbildung eng verflochtener, zum Teil auch weltweit agierender regionaler
861 Wirtschaftsstrukturen und der Notwendigkeit kommunaler Kooperation in Zweckverbänden
862 entsprechen weder das Denken und Handeln vieler politisch Verantwortlicher in der
863 Kommunalpolitik noch der politische Planungs- und Entscheidungsaufbau. Die kommunale Politik ist
864 häufig von Standortkonkurrenz geprägt, die Gewinner produziert, aber auch Verlierer. Die politischen
865 Strukturen wie die staatlichen Mittelinstanzen, die Regierungsbezirke, beruhen auf der alten
866 preußischen Einteilung in die Provinzen Rheinland und Westfalen mit der „Enklave“ Lippe. Sie wurde
867 erstmals durch die Rückgabe der Regionalplanungskompetenzen an den Regionalverband Ruhr (RVR)
868 zur Kommunalwahl 2009 aufgeweicht.

869 DIE LINKE. NRW stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und des Kirchturmdenkens.
870 Wirtschaftliche Fortschritte und soziale Sicherheit in einer Kommune dürfen nicht durch Nachteile,
871 durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in anderen erkaufte werden. Wie dringend eine engere
872 Zusammenarbeit der Kommunen ist, macht im Ruhrgebiet z.B. die vergleichsweise katastrophale
873 Situation des Öffentlichen Nahverkehrs deutlich. Fehlende Verbindungen zwischen den Städten, vor
874 allem in Nord-Süd-Richtung, unterschiedliche Spurbreiten, eine selbständige, teure
875 Beschaffungspolitik der 27 Verkehrsgesellschaften im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) sind schon
876 lange nicht mehr zeitgemäß.

877 DIE LINKE. NRW will Konkurrenz abbauen und tritt für die Stärkung der Kooperation von Kommunen
878 z.B. durch kommunale Zweckverbände oder andere politische Zusammenschlüsse ein. Die Rolle der
879 politischen Mittelinstanzen und ihr regionaler Zuschnitt müssen überprüft und der Entwicklung des
880 Zusammenwachsens von Regionen angepasst werden. Die Übertragung der Regionalplanung auf den
881 RVR war ein Schritt in die richtige Richtung. Der Konkurrenz von Städten und Landkreisen muss das
882 Land auch mit dem Mittel der Verwaltungs- und Regionalstrukturreformen entgegenwirken und
883 Kooperationen erleichtern.

884 Dabei ist DIE LINKE. NRW der Auffassung, dass die Herausbildung politischer Kooperationen auch in
885 den Metropol-Regionen von unten getragen werden muss und nicht vom Land angeordnet werden
886 darf. Wo landesgesetzliche Regelungen erforderlich sind, müssen sie auf dem erklärten Willen der
887 kommunalen Akteure beruhen.

888 Das im Raumordnungsgesetz festgeschriebene Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen
889 muss dabei nicht nur im Verhältnis der Bundesländer zueinander, sondern auch innerhalb des Landes

890 Nordrhein-Westfalen gelten. Es muss ein landespolitisches Ziel bleiben und durch entsprechende
891 Ausgleichs- und Fördermaßnahmen umgesetzt werden.

892 Die für viele Kommunen wichtigen Regionalen EFRE-Fördermittel der EU dürfen nicht nach den von
893 der Regierung Rüttgers eingeführten und von Rot-Grün fortgesetzten Wettbewerbskriterien
894 vergeben werden, sondern nach regionalpolitischen, sozialen Kriterien.

895 DIE LINKE. NRW setzt auf eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, die auf ökonomischen,
896 ökologischen und sozialen Zielsetzungen zur Wirtschaftsentwicklung, zur Schaffung neuer, sozial
897 abgesicherter Arbeitsplätze sowie zur Erhöhung der Ressourcenproduktivität basiert. Dazu gehört für
898 DIE LINKE. NRW auch die Wiederbelebung und der Umbau der regionalisierten Struktur- und
899 Arbeitsmarktpolitik in NRW.

900 DIE LINKE. NRW tritt ein für:

- 901 • eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den
902 Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und die Herstellung gleichwertiger
903 Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes;
- 904 • eine Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Kernstädten und ihrem Umland
905 wie in der Städtereion Aachen;
- 906 • die Stärkung der Landschaftsverbände, die für die Städte wichtige Funktionen bei der Erfüllung
907 überörtlicher kommunaler Aufgaben wahrnehmen und für ihre Aufgaben eine gerechte
908 Lastenverteilung unter Städten und Gemeinden ermöglichen;
- 909 • eine weitere Stärkung des RVR als regionalem, kommunalem Verband, der auf entsprechender
910 vereinbarter Grundlage auch Aufgaben der Kommunen übernehmen darf; die von verschiedenen
911 Kommunen angestrebte Kooperation im Bereich der Geodatenverwaltung muss durch Änderung
912 der Gemeindeordnung des Landes auch in kommunalen Gemeinschaften öffentlichen Rechts
913 ermöglicht werden;
- 914 • die Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Erarbeitung Kommunegrenzen übergreifender
915 Flächennutzungs- und Bebauungspläne, um z.B. gemeinsame Gewerbegebiete entwickeln zu
916 können;
- 917 • die Erweiterung der Einspruchsmöglichkeiten von Nachbarkommunen beim Bau oder der
918 Erweiterung von Projekten wie Einkaufszentren einer Stadt oder eines Kreises, die die Interessen
919 der Nachbarn berühren;
- 920 • die Direktwahl der Mitglieder der Regionalräte einschließlich der Verbandsversammlung des
921 RVR;

922 **8. Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten**

923 Eine gute und sichere Wohnung, die den heutigen Anforderungen genügt und bezahlbar ist, gehört
924 zu einem menschenwürdigen Leben. Aber Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Recht
925 auf Wohnen schließt das Recht auf eine gesunde Wohnumwelt, auf soziale Nachbarschaften und
926 Stadtteile, auf Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und auf Teilhabe an der Stadt ein. Deshalb

927 gehören eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren Kernaufgaben
928 der Gesellschaft und eng zusammen.

929 In den letzten Jahrzehnten wurden wesentliche Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt:
930 Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in
931 Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale
932 Wohnungsbau ist in weiten Teilen des Landes zum Erliegen gekommen. Kurz: Die
933 Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen.

934 In der Folge steigen vielerorts die Mieten beständig an, herrscht Mangel an mietpreisgünstigen
935 Wohnungen und viele können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser,
936 Strom und Heizung nicht mehr leisten. Und gleichzeitig verfallen manche Wohngebiete, weil sich hier
937 Instandhaltung und Modernisierung für die renditeorientierten Eigentümer nicht lohnen.

938 In den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens wird es nur dann ausreichend viele bezahlbare
939 Mietwohnungen geben, wenn die kommunale Wohnungspolitik durch eine soziale Wohnungspolitik
940 in Bund und Land unterstützt wird.

941 Allerdings sind in Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Wohnungsmärkte vorhanden: Die Situation
942 in wachsenden und schrumpfenden Regionen unterscheidet sich ebenso in vielerlei Hinsicht deutlich
943 voneinander, wie die Situation in den (größeren) Städten und im ländlicheren Raum. Daher sind in
944 den jeweiligen Regionstypen auch unterschiedliche Wohnungspolitiken erforderlich.

945 Trotz aller Unterschiede werden nicht nur in den Wachstumsregionen Nordrhein-Westfalens (vor
946 allem die südliche Rheinschiene und die Universitätsstädte), sondern auch in Städten und Kreisen mit
947 Bevölkerungsverlusten (wie etwa den Ruhrgebietsstädten) dringend zusätzliche Investitionen in den
948 Wohnungsbestand und den bedarfsgerechten Neubau von Sozialwohnungen benötigt. Die
949 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen befinden sich in vielen Fällen in einem schlechten Zustand. Sie
950 entsprechen oft nicht mehr heutigen Anforderungen, etwa an die Barrierefreiheit und den
951 Klimaschutz.

952 In den letzten Jahren sind viele Wohnungen, die einst den Städten oder dem Land gehört haben,
953 privatisiert worden. Zudem haben Großbetriebe der Montanindustrie ihre Werkwohnungen
954 verkauft. Über 310.000 Mietwohnungen in NRW werden von sogenannten „Neuen Finanzinvestoren“
955 (wie etwa Deutsche Annington, LEG, IMMEO oder GAGFAH) kontrolliert.

956 Das Treiben dieser auch „Wohnungsheuschrecken“ genannten Wohnungsunternehmen ist für die
957 betroffenen Mieterinnen und Mieter sowie Stadtviertel eine Belastung: Seit langem notwendige
958 Instandhaltungen und Modernisierungen unterbleiben, während dort, wo es sich für die Investoren
959 lohnt, Mieterinnen und Mieter durch modernisierungsbedingte Mieterhöhungen aus ihren
960 Wohnungen verdrängt werden. Oftmals wird das Umfeld der Wohnungen nicht gepflegt. Zudem sind
961 vielfach keine Wohnungsverwalter oder Hausmeister erreichbar und bereichern sich die
962 Wohnungsunternehmen durch unverständlich und immer wieder falsche
963 Betriebskostenabrechnungen. Manche Wohnungen sind mittlerweile schlicht unbewohnbar.

964 Eine Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags zum wohnungswirtschaftlichen
965 Wandel und neuen Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW hat sich mit diesen
966 Problemen beschäftigt. Zwar bleiben manche ihrer Vorschläge zu vage, doch andere Vorschläge
967 bieten die Möglichkeit einer sozialeren Wohnungspolitik. DIE LINKE fordert, die Vorschläge dieser

968 Kommission nun zügig umzusetzen. Also etwa eine kommunale Genehmigungspflicht für die
969 Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, um die Verdrängung von Mietern/innen
970 zu verhindern, die Verpflichtung der Wohnungsunternehmen, gebäudebezogene
971 Instandhaltungsrücklagen zu bilden oder die konsequente Besteuerung von Immobilienverkäufen.

972 Über die landeseigene NRW.BANK stellte die Landesregierung zuletzt 800 Millionen Euro für die
973 soziale Wohnraumförderung bereit. Das reicht aber nicht aus, um den öffentlichen Wohnungsbau
974 wiederzubeleben und die Bedarfe zu decken. DIE LINKE fordert daher jährlich mindestens 1,2
975 Milliarden Euro für die soziale Wohnraumförderung.

976 Im Vordergrund sollte zum einen der Neubau von dauerhaft belegungs- und preisgebundenen
977 Mietwohnungen stehen. Zum anderen sollten Wohnungsbestände gesundheitsfördernd und
978 ökologisch nachhaltig modernisiert werden, also Barrieren abgebaut, Schadstofffreie Baumaterialien
979 verwendet und Energieeinsparmaßnahmen durchgeführt werden – und zwar ohne Mieterinnen und
980 Mieter in Folge von untragbaren Mietsteigerungen zu verdrängen.

981 Dem Problem, dass dem sozialen Mietwohnungsbau mit der Abschaffung der
982 Wohnungsgemeinnützigkeit, dem Ende der werksverbundenen Wohnungsunternehmen und dem
983 Ausverkauf öffentlicher Unternehmen ein großer Teil der Bauträger abhanden gekommen ist, wollen
984 wir durch die Wiederbelebung einer gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft begegnen. Ohne
985 eine deutlich erhöhte öffentliche Wohnungsbauförderung und ohne diese gemeinwohlorientierte
986 Wohnungswirtschaft kann – vor allem unter den Bedingungen eines wieder stärker sozial regulierten
987 Wohnungsmarktes – der erforderliche Wohnungsbestand weder geschaffen noch erhalten werden.

988 DIE LINKE will die Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken. Wir meinen: Niemand darf in Folge
989 eines Eigentümerwechsels oder aufgrund von Umbaumaßnahmen aus seiner Wohnung vertrieben
990 werden. Der Kündigungsschutz für Mieter/innen muss ausgebaut werden, das Recht auf
991 Eigenbedarfskündigungen muss eingeschränkt werden.

992 Wir wollen die Miethöhen begrenzen. Dazu müssen sich die kommunalen Mietspiegel an allen
993 Bestandsmieten orientieren, und nicht nur – wie bisher – an den Abschlüssen der letzten Jahre. Die
994 Nettokaltmiete soll in bestehenden Mietverhältnissen ohne eine Verbesserung des Wohnwertes
995 grundsätzlich nur im Rahmen des Inflationsausgleiches maximal bis zur Höhe der ortsüblichen
996 Vergleichsmiete erhöht werden dürfen. Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sollen
997 unzulässig sein.

998 Der Begrenzung der Miethöhe dient auch die Verringerung der möglichen Umlage der
999 Modernisierungskosten von bisher elf auf zukünftig fünf Prozent jährlich, wie DIE LINKE dies
1000 bundesweit fordert. Unser Ziel: Die Mieterinnen und Mieter dürfen nach den baulichen Eingriffen
1001 nicht mehr Miete zahlen müssen, als sie infolge dieser Maßnahmen einsparen
1002 (Warmmietenneutralität).

1003 Eine grundsätzliche Reform der Regelungen für die Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch (SGB)
1004 II und SGB XII muss erfolgen. Ziel ist die vollständige Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten und
1005 die Verhinderung von Zwangsumzügen.

1006 Die Städte und Gemeinden müssen die Wohnungspolitik aber auch selbst zu einem Schwerpunkt
1007 machen – mit entsprechenden Konsequenzen für den Einsatz der städtischen Haushaltsmittel und
1008 des städtischen Personals.

- 1009 Wir sind dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und
1010 Zweckentfremdung vernichtet werden und dass Wohnungen aus spekulativen Gründen leer stehen.
- 1011 • Dort wo der entsprechende Bedarf besteht, müssen die kommunalen
1012 Wohnungsunternehmen ihre Bauleistungen dauerhaft erhöhen. Um dauerhaft preiswerte
1013 Mietwohnungen anbieten zu können müssen sie neue Sozialwohnungen bauen und ihre
1014 Bestände behutsam modernisieren. Eine Beteiligung der Städte und Gemeinden an
1015 kommunalen Wohnungsunternehmen ist für die Durchsetzung wohnungspolitischer Ziele
1016 unverzichtbar. Sie müssen dauerhaft in kommunaler Hand bleiben und kommen auch für
1017 eine Veräußerung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht in Betracht. DIE LINKE lehnt
1018 den Verkauf kommunaler Unternehmen ab, ebenso den Verkauf einzelner Wohnungen (auch
1019 die sogenannte Mieterprivatisierung). Die Gewinne der kommunalen
1020 Wohnungsgesellschaften dürfen nicht zum Stopfen der kommunalen Haushaltslöcher
1021 verwendet werden, sondern müssen für die Schaffung von günstigen Wohnungen eingesetzt
1022 werden. Eigenkapitalschwache kommunale Wohnungsunternehmen müssen von Kommunen
1023 und Land durch Kapitalaufstockungen zu den erforderlichen Bauleistungen befähigt werden.
- 1024 • Wichtig ist die Intensivierung der kommunalen Wohnungsaufsicht und anderer
1025 wohnungspolitischer Instrumente, um die Beseitigung von Wohnungsmängeln zu erreichen.
1026 Das Land soll die kommunale Wohnungsaufsicht – wie von den Sachverständigen der
1027 Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags vorgeschlagen – zu einer
1028 Pflichtaufgabe nach Weisung machen und die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe
1029 finanziell unterstützen.
- 1030 • Vielerorts fehlt für den öffentlich geförderten Wohnungsbau geeignetes Bauland. Ob es
1031 gelingt, den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu beleben, hängt ganz wesentlich von der
1032 Mobilisierung preisgünstiger Grundstücke ab. Für die Kommunen heißt dies, ihre
1033 Grundstücke nicht zum bestmöglichen Preis zu veräußern, sondern sie vor allem
1034 kommunalen und anderen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen für den Bau öffentlich
1035 geförderter Wohnungen in Erbpacht zur Verfügung zu stellen. Vom Bund fordern wir,
1036 kommunale Vorkaufsrechte auszuweiten und die Kaufpreise in diesen Fällen zu begrenzen.
- 1037 • Die Kommunen sollen die Einführung einer „sozial gerechte Bodennutzung“ prüfen. DIE
1038 LINKE tritt für die Anwendung dieses Konzeptes ein, welches in verschiedenen deutschen
1039 Großstädten seit Jahren erfolgreich angewandt wird. Im Kern geht es darum, private
1040 Investoren unter bestimmten Voraussetzungen zum Bau von Sozialwohnungen zu
1041 verpflichten und sie an der Finanzierung der Infrastruktur eines Baugebietes angemessen zu
1042 beteiligen. Wir versprechen uns hiervon auch eine finanzielle Entlastung der Kommunen.
- 1043 • Die Kommunen müssen eine engagierte Wohnungsbestandspolitik betreiben, die den
1044 vorhandenen Bestand preiswerter Mietwohnungen sichert. Elemente einer solchen
1045 Wohnungsbestandpolitik, die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und
1046 Luxussanierungen unterbinden will, sind:
- 1047 ○ Die Kommunen müssen die Instrumente des Städtebaurechtes, wie etwa die soziale
1048 Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) nach § 172 des Baugesetzbuches (BauGB),
1049 konsequent nutzen, um der Verdrängung von Mietern/innen und dem Verlust
1050 mietpreisgünstigen Wohnraums entgegenzuwirken.

1051 ○ Das Land hat den Kommunen die Möglichkeit gegeben, Zweckentfremdungssatzung
1052 zu erlassen. Durch diese Satzung wird jeder Abbruch, jeder Leerstand und jede
1053 Nutzungsänderung von Wohnraum genehmigungspflichtig. Die Kommunen sollten
1054 unverzüglich solche Satzungen erlassen. Es ist nicht einzusehen, dass Wohnungen
1055 längere Zeit – etwa aus spekulativen Gründen – leer stehen, während Menschen
1056 dringend eine Wohnung suchen.

1057 • DIE LINKE unterstützt die demokratische Mitwirkung von Mieterinnen und Mietern in
1058 Mieterbeiräten sowie die Mitglieder von Genossenschaften und fordert für sie mehr
1059 Möglichkeiten ihrer Mitsprache in Entscheidungsprozessen. Auch für alternative
1060 Wohnformen muss es Sicherheit geben. Wenn leerstehende Häuser besetzt werden, dann ist
1061 dies ein richtiger Schritt der Aneignung und der Nutzung, den DIE LINKE begrüßt und
1062 unterstützt. Wir fordern, solche Besetzungen umgehend zu legalisieren und alternative
1063 Wohnformen wie Bauwagenplätze zu tolerieren.

1064 • Eine soziale, demokratische und ökologische Wohnungspolitik lässt sich nur durchsetzen,
1065 wenn sich die Mieter/innen auch selbst dafür engagieren. Die LINKE wird die
1066 Selbstorganisation der Mieter/innen fördern und Mieterproteste unterstützen. Die Städte
1067 und Gemeinden sollen ihre Zusammenarbeit mit den örtlichen Mietervereinen intensivieren,
1068 die Gründung von Mieterräten – vor allem in den kommunalen Wohnungsbeständen –
1069 fördern und selbstverwaltete Wohnprojekten unterstützen.

1070 **9. Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Grundrecht auf Mobilität!**

1071 Die Verkehrsprobleme insbesondere in den Ballungsräumen können durch den motorisierten
1072 Individualverkehr nicht gelöst werden. Er führt zu enormen Belastungen der Umwelt und der
1073 Menschen durch Feinstaub und Lärm, die an großen Verkehrswegen wohnen. Dagegen stellt sich für
1074 den ländlich geprägten Raum die Frage, wie sich Mobilität für Menschen ohne Auto überhaupt noch
1075 realisieren lässt. Deshalb will DIE LINKE. NRW den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und setzt sich
1076 für integrierte Verkehrskonzepte ein, die Mobilität für alle und überall gewährleisten.

1077 In Nordrhein-Westfalen wird beim öffentlichen Personennahverkehr zu viel gespart. Dadurch wird
1078 die Mobilität der Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, immer
1079 mehr eingeschränkt. Dringende Ausbaumaßnahmen unterbleiben, die Unterhaltung der
1080 bestehenden Infrastruktur und die in vielen Städten dringende Erneuerung von Schienennetz und
1081 Fuhrparks werden vernachlässigt.

1082 Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit den meisten Städten über 15.000 Menschen ohne
1083 Schienenanschluss, nämlich 61, das bedeutet: 1,5 Millionen Menschen leben in Städten ohne
1084 Bahnanschluss. In allen anderen Bundesländern zusammen haben lediglich 43 Städte über 15.000
1085 Einwohner keinen Bahnanschluss.

1086 Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die
1087 sich kein Auto leisten können. DIE LINKE. NRW will den öffentlichen Verkehr gegenüber dem
1088 motorisierten Individualverkehr stärken. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen
1089 Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage.

1090 In den Ballungsräumen in Nordrhein-Westfalen wächst trotz Staus der PKW-Verkehr weiter an. Die
1091 dringend nötige Zurückdrängung des Autos aus den Innenstädten kann nur gelingen, wenn als

- 1092 Alternative neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung steht, das
1093 Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Hierbei müssen die
1094 Kommunen auch vom Land mit auskömmlicher Finanzierung unterstützt werden.
- 1095 Gerade für Pendler oder Besucher von Innenstädten bieten Bike- oder Park-and-Ride Systeme
1096 interessante Alternativen. Sie können eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur
1097 Beruhigung des Innenstadtverkehrs sein. Fahrgemeinschaften, Car-Sharing und Leihradsysteme
1098 können nicht nur in Städten, sondern auch im ländlichen Raum wirken.
- 1099 In den Ballungsräumen sind attraktive Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel, auch in den
1100 Abendstunden, besonders wichtig. In ländlichen Gebieten, in denen getaktete Linien zu wenig
1101 ausgelastet sind, braucht es intelligente Nahverkehrskonzepte. Anruf-Sammeltaxis oder Busse-nach-
1102 Bedarf-Systeme können hier soziale und ökologische Antworten sein.
- 1103 Die Kommunen müssen zusammen mit dem Land Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Bund darauf
1104 drängen stillgelegte Schienenstrecken wieder zu beleben. Ein Bahnhof oder eine Mobil-Station muss
1105 ein Qualitätsmerkmal für eine attraktive Stadt werden. Diese Mobil-Stationen erweitern die Mobilität
1106 der Menschen deutlich; hier wird nicht nur der Busverkehr abgewickelt, es gibt auch Leihfahrräder,
1107 Mietautos, einen Taxistand, eine Radstation und eine schnelle Verbindung zum überregionalen
1108 Verkehr.
- 1109 Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben
1110 untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind
1111 erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu
1112 werden. Hierbei ist zu beachten, dass der öffentliche Personennahverkehr, genau wie der
1113 motorisierte Individualverkehr, niemals kostendeckend betrieben werden kann.
- 1114 DIE LINKE tritt ein für:
- 1115 • Mobilität für alle, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Dazu gehören Sozialtickets, Jugend- oder
1116 Seniorentarife, die gleichberechtigt ohne Zeitlimit genutzt werden können. Firmen- oder
1117 Jobtickets sind attraktiver zu gestalten; die öffentlichen Verwaltungen sollten bei der
1118 Bereitstellung von Firmentickets ein Vorbild sein;
 - 1119 • eine deutliche Erhöhung des Anteils des öffentlichen Personennahverkehr am gesamten
1120 Verkehrsaufkommen, ebenso des Fuß- und Fahrradverkehrs; dafür müssen die Bedingungen
1121 geschaffen werden;
 - 1122 • den Aufbau von multimodalen Mobil-Stationen, in denen die unterschiedlichen Verkehrsträger
1123 gebündelt werden und der Wechsel zwischen den verschiedenen Systemen für den Fahrgast
1124 sicher und komfortabel erfolgen kann;
 - 1125 • die öffentliche Unterstützung solcher Systeme bei Werbung, Startfinanzierung und mit
1126 Kommunikationsplattformen;
 - 1127 • für einen individuellen ÖPNV, in dem sich die Nutzenden ihre eigenen Tickets nach persönlichem
1128 Bedarf, z. B. mit Car-Sharing oder Leihradnutzung, zusammenstellen können;

- 1129 • den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über den
1130 öffentlichen Verkehr;
- 1131 • die strikte Anwendung der Regelungen des Vergabegesetzes NRW und damit die Vergabe von
1132 Regionalstrecken nur an Verkehrsunternehmen, die Tariflöhne zahlen.

1133 **10. Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt!**

1134 Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin
1135 überprüft werden: bei der Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, der Industrie und
1136 Gewerbeansiedlung, dem Flächen- und Landschaftsverbrauch, beim öffentlichen und privaten
1137 Wohnungsbau, der Energieversorgung, der Abfall- und Wasserwirtschaft, im kommunalen
1138 Beschaffungswesen, bei öffentlichen Immobilien und vielem mehr.

1139
1140 Die Kommunalpolitik kann durch eigenes Handeln, vielfältige Einflussnahme, Beratung und
1141 Beteiligung der EinwohnerInnen sehr wichtige Beiträge zur ökologischen Kurswende leisten und auf
1142 die Politik der oberen staatlichen Instanzen und Genehmigungsbehörden Einfluss nehmen.

1143
1144 DIE LINKE unterstützt kommunal und auf allen Ebenen die EinwohnerInnen sowie ihre
1145 Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz
1146 fördern. Sie unterstützt den Kampf um ökologische Alternativen auf allen Gebieten. Sie setzt sich
1147 dafür ein, dass auch die Gewerkschaften das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz noch ernster
1148 nehmen und das Scheindilemma „Umwelt oder Arbeitsplätze“ überwinden. Umweltschutz,
1149 Arbeitsplätze und soziale Sicherheit widersprechen sich nicht und bilden für uns eine Einheit und
1150 dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

1151
1152 Deutschland ist EU-weit der Hauptverursacher der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen.
1153 Verantwortlich dafür sind neben dem Verkehr in erster Linie Stein- und vor allem
1154 Braunkohlekraftwerke. Sie tragen entscheidend zur Klimaproblematik bei und zerstören damit
1155 unsere natürlichen Lebensgrundlagen, emittieren Schadstoffe wie Feinstaub, Schwefeldioxid,
1156 Schwermetalle und beeinträchtigen damit Gesundheit und Wohlergehen. Der in Nordrhein-
1157 Westfalen erzeugte Strom wird zu drei Vierteln über Kohleverbrennung erzeugt. Zahlreiche neue
1158 Kraftwerke sind im Bau oder in Planung. Diese sollen vor allem eines sichern: die Profite von RWE
1159 und E.ON.

1160
1161 **Energiewende jetzt:** Das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist die Energiewende hin zu
1162 einer sozialen, ökologischen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung: Die LINKE steht
1163 deshalb konsequent für eine kommunale und dezentrale Energieerzeugung und –nutzung.

1164 DIE LINKE steht für eine Energiewende in kürzester Frist. 100 Prozent erneuerbare Energien, dieses
1165 Ziel muss jetzt konsequent angegangen werden.

1166 Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert und (re)kommunalisiert werden. Unbedingt
1167 zu bevorzugen sind erneuerbare Energien (Wasserkraft, Windenergie, Sonnenstrahlung, Erdwärme,
1168 Biomasse, –gas), bei deren Produktion aber strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet
1169 werden muss. Das gilt insbesondere für Biomasse, Wind- und Wasserkraft.

1170 Die geplante und regionale Gewinnung von Erdgas, durch das sog. "Fracking" wird in zahlreichen
1171 Regionen des Landes vorangetrieben. DIE LINKE ist hier die einzige Partei, die sich konsequent und
1172 vor Ort, gegen jegliche Form dieser Erdgasgewinnung ausspricht. Die enormen Risiken, die diese
1173 Technologie birgt, von der Wasserkontaminierung bis hin zu Bergsenkungen verbunden mit
1174 geologischen Setzungsschäden, sind, zudem in einer dicht besiedelten Land wie NRW, in keiner

1175 Weise akzeptabel und stellen eine permanente Gefährdung der Städte und Gemeinden und der
1176 Menschen, die in ihnen leben, dar.

1177 Es wird eine kommunale, kostenlose Energieberatung für alle BürgerInnen eingeführt. Um die Quote
1178 der energetischen Sanierungen zu erhöhen werden quartiersbezogene , von Haus-zu-haus gehende
1179 Beratungsgespräche mit Eigentümerinnen und Mietern geführt. Die Kommunen bezuschussen die
1180 energetischen Sanierungen unter der Bedingung der Warmmietenneutralität. Es wird ein
1181 energetischer Mietspiegel eingeführt, der statt der Kaltmiete die Warmmiete vergleicht.

1182 DIE LINKE tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen
1183 Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und
1184 verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder dagegen schützen
1185 können.

1186 Vielfältiges Grün, Parks, naturnahe Gartengebiete, verbindliche Biotopverbundkonzepte, möglichst
1187 großräumige Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie natürlich fließende Bäche und Flussläufe
1188 bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in Städten und ländlichen
1189 Siedlungsgebieten. Gerade kommunale Planungen müssen deshalb europäische Verpflichtungen zum
1190 Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Dies gilt vor allem bei Straßenplanungen,
1191 Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.

1192 Durch die Selbstverpflichtung der Kommunen zur Beteiligung **dervon** Naturschutzverbänden **und**
1193 Bürgerinitiativen im Vorfeld und bei der Umsetzung kommunaler Planungen können soziale Konflikte
1194 verringert bzw. vermieden werden.

1195 Haus- und Sondermüllverbrennung tragen zur Ressourcenvergeudung, Klimagefährdung und zum
1196 Anstieg gefährlicher Emissionen bei. Die Deponien werden nur kurzfristig entlastet, weil die giftigen
1197 Verbrennungsreste ebenfalls deponiert werden müssen.

1198 Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Konsequenter Müll vermeiden, vermindern und
1199 wieder verwerten, Mülltrennung an der Quelle durchführen, Müllvermeidung durch kommunale
1200 Gebührengestaltung fördern sind wesentliche Voraussetzung, um aus der flächendeckenden und
1201 teuren Müllverbrennung weitgehend wieder auszusteigen und umweltschonende Verfahren
1202 anzuwenden. So muss die Biotonne flächendeckend eingeführt werden. So können z. B. biologisch-
1203 mechanische Abfallbehandlungsanlagen den Restabfall sinnvoller entschärfen und eine
1204 stoffstromspezifische Wiederverwertung bzw. Entsorgung gewährleisten.

1205 Eine ökologische Abfallwirtschaft ist allerdings nur möglich, wenn sie in öffentlicher Hand liegt.
1206 Inzwischen werden, gerade in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales
1207 Eigentum zurückgeführt. Immer mehr Menschen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht
1208 leistungsfähiger und preisgünstiger.

1209 DIE LINKE ist gegen den Bau neuer Müllverbrennungsanlagen bzw. die Erweiterung von bestehenden
1210 Anlagen. Die heutigen sind bereits überdimensioniert, eine Auslastung nicht gewährleistet bzw. nur
1211 noch durch europaweiten Mülltourismus möglich. Die Entsorgungspreise sind hoch und steigen
1212 weiter.

1213 Kommunale Abwässer müssen oft unter hohem Aufwand gereinigt werden. Häusliche Abwässer,
1214 häufig durch zahlreiche und problematische Reinigungsmittel und andere Chemikalien belastet,

- 1215 werden darüber hinaus noch mit hoch befrachteten Einleitungen aus Industrie- und
 1216 Gewerbebetrieben vermischt. Wir wollen weitere Anstrengungen, um weniger Schadstoffe ins
 1217 Abwasser zu leiten
- 1218 DIE LINKE unterstützt außerdem die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten aus
 1219 ökologischer Herstellung. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft
 1220 gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze
 1221 schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen
 1222 erforderlich.
- 1223 DIE LINKE tritt ein für:
- 1224 • den sofortigen Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergienutzung.
 - 1225 • ein Verbot aller Atommüll- und Urantransporte über das Gebiet der Kommunen
 - 1226 • für die Stilllegung der Atommüllkonditionierungsanlagen in Duisburg-Wanheim und Jülich, der
 1227 Castorproduktion in Krefeld (Siempelkamp) der Urananreicherungsanlage in Gronau und für
 1228 sofortigen Einlagerungsstopp im Atommülllager Ahaus;
 - 1229 • für kommunale Bemühungen von euregionaler bis hin zu europäischer Ebene, zur Stilllegung der
 1230 Atomkraftanlagen in den Nachbarländern (insbesondere die 7 Reaktoren in Tihange und Doel in
 1231 Belgien, sowie den in Borssele und die Urananreicherungsanlage Almelo in den Niederlanden;
 - den schnellstmöglichen Ausbau der Windenergie und Photovoltaik als Rückgrat der
 Energiewende
 - den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger, als erstes zur
 Stromerzeugung
 - den damit zu verbindenden schrittweisen Ersatz von Erdgas durch EE-Gas Erneuerbare-Energien-
 Gas auch häufig als Windgas bezeichnet) und Biogas - ausschließlich aus nachhaltigen Rohstoffen
 (pflanzliche Abfälle).
 - den weiteren Zubau von Gaskraftwerken zum Spitzenlastbetrieb zwecks Deckung größerer und
 längerfristiger Versorgungslücken
 - den verstärkten Zubau von gasbetriebenen Blockheizkraftwerken im netzgeführten Betrieb
 - 1232 • die weitgehende Übernahme der Verteilnetze durch die kommunalen Energieversorger
 - 1233 • einen Sockeltarif zur "Strom-Grundversorgung": Der Energieversorger wird dazu verpflichtet,
 1234 einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der
 1235 Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Der Strom oberhalb des
 1236 Grundkontingent würde entsprechend teurer. Haushalte mit geringem und mittlerem
 1237 Stromverbrauch würden entlastet, Vielverbraucher belastet.
 - 1238 • Zudem wird das Verbot von Stromabschaltungen der Energieversorger gefordert.
 - 1239 • die absolute Energieversorgung durch Regenerative Energien bei kommunalen Neubauten; und
 1240 in kurzfristiger Zielstellung ebenfalls in bestehender Substanz der öffentlicher Gebäuden
 - 1241 • Neuaufgabe bzw. Aufstockung von Förderprogrammen zur nachträglichen Wärmedämmung des
 1242 Altbaubestandes;
 - 1243 • gegen Erdgasgewinnung und das sog. "Fracking" zur Gasgewinnung
 - 1244 • die Sanierung von Bestandsgebäuden hat, vor dem
 1245 Hintergrund zurückgehender Einwohnerzahlen, Vorrang vor Neubaumaßnahmen;
 - 1246 • eine Beurteilung von Bauvorhaben danach, ob sie sozial und ökologisch vertretbar sind und keine
 1247 vermehrten Umweltbelastungen und höhere Mieten mit sich bringen;
 - 1248 • Bau von Ökosiedlungen unter Einschluss vorbildlicher Sozialstandards und
 1249 generationenübergreifendem Wohnen
 - 1250 • Für alle Behörden werden Leitlinien eingeführt, die den Belangen des Natur-, Umwelt- und
 1251 Klimaschutzes verbindlich Rechnung tragen

- 1252 • weitgehenden Ausstieg aus der Müllverbrennung und Anwendung umweltverträglicher
- 1253 Entsorgungsverfahren
- 1254 • Aktionspläne zur Minimierung der Abwasserbelastung
- 1255 • eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in den Innenstädten durch die
- 1256 Einführung von flächendeckenden Umweltzonen;
- 1257 • den Ausbau der Ökolandwirtschaft und eine breite Aufklärungskampagne für gesunde
- 1258 Ernährung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen;
- 1259 • die Umstellung auf ökologische Nahrungsmittel in allen öffentlichen Kantinen und Schulen;
- 1260 • die Stärkung des Verbraucherschutzes durch Ausweitung des Verbandsklagerechts und den
- 1261 Ausbau der Verbraucherberatungsstellen;
- 1262 • die Errichtung von kommunalen Zentren für Nachhaltigkeit als Beratungs-, Ausstellungs- und
- 1263 Aktionsort für Umweltverbände, Verwaltung, öffentliche Betriebe, Handwerksbetriebe usw.
- 1264 • Erhalt und Ausbau der kommunalen Umweltverwaltung;
- 1265 • Wiederherstellung und Effektivierung der überregionalen
- 1266 Umweltbehörden
- 1267 • Unterstützung der Arbeit der Naturschutzverbände
- 1268 • Ausbau und Erhalt von Naherholungsfläche
- 1269 • Ausweisung von verbindlichen Biotopverbundkonzepten
- 1270 • die Verweigerung von Flächenfreigaben für genmanipuliertes
- 1271 Saatgut; kein Ankauf von Flächen, auf denen genmodifiziertes Saatgut eingesetzt wurde, durch
- 1272 die öffentliche Hand
- 1273 • den Schutz vor unnötigen Fällungen möglichst vieler Bäume gerade in den Stadtzentren durch
- 1274 Baumschutzsatzungen. Ihre Einhaltung muß durch Umweltorganisationen und
- 1275 Bürger_inneninitiativen sowie Anwohner_innen kontrolliert werden, bei Ausnahmehorhaben
- 1276 sind diese rechtzeitig vorher beratend hinzuzuziehen. Mikroklimagerechte Stadtplanung
- 1277 (Dachbegrünungen, Wasserflächen in Stadtzentren) soll gerade in Großstädten Hitzeinseln
- 1278 vermeiden.
- 1279

11. Für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft vor Ort

1280 Auch wenn Nordrhein-Westfalen das industrielle Kernland Deutschlands ist, verfügt es doch immer
 1281 noch über große landwirtschaftliche Nutzflächen. Diese unterliegen erstarkenden wirtschaftlichen
 1282 Globalisierungstendenzen und werden in ihrer Nutzung beeinflusst von Gesetzen und Verordnungen,
 1283 welche vor allem aus Brüssel kommen. Doch auch auf kommunaler Ebene gibt es
 1284 Einwirkungsmöglichkeiten. So kann durch Raumordnungs- und Flächennutzungspläne aktiv an einer
 1285 umwelt- und sozial-verträglichen Pflanzenproduktion sowie artgerechter Tierhaltung in der
 1286 Landwirtschaft mitgewirkt werden.

1287 Durch Mindestlohn und allgemeine Rentenversicherungspflicht abgesicherte Arbeits- und
 1288 Ausbildungsplätze stabilisieren die ländliche Wirtschaft und Kultur und sind deshalb Zielsetzung
 1289 LINKER Politik. Wochenmärkte, auf denen regionale, nachhaltig produzierte Waren zu Produktion
 1290 deckenden Preisen verkauft werden, sollen anstelle einer global Raubbau betreibenden
 1291 Agrarindustrie unterstützt werden. Das setzt voraus, dass Menschen sich die Nahrungsmittelpreise
 1292 auch leisten können müssen (Stichwort: Mindestsicherung).

1293 DIE LINKE tritt ein für:

- 1294 • die Verpachtung der kommunalen landwirtschaftlichen Nutzflächen, vorrangig für den
- 1295 ökologischen Landbau, wodurch auch die Ausbildung in der ökologischen Landwirtschaft
- 1296 gefördert werden soll.
- 1297 • ein generelles Verbot von Genversuchen und dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen
- 1298 auf kommunalen landwirtschaftlichen Nutzflächen. Gentechnikfreie Regionen sind zu stärken
- 1299 und auszubauen. Initiativen und Bürgerbegehren vor Ort werden von uns aktiv unterstützt.
- 1300
- 1301
- 1302
- 1303

- 1304 Gruppen, die Projekte im Rahmen der solidarischen Landwirtschaft (CSA) durchführen,
 1305 werden z. B. durch Verpachtung kommunaler Flächen gefördert. Für BürgerInnen aus
 1306 Nachbarschaften werden kommunale Brachflächen zur Zwischennutzung oder Dauernutzung
 1307 zur Verfügung gestellt für ein gemeinsames Gärtnern insbesondere zur Förderung des
 1308 interkulturellen Miteinander, der Ressourcenschonung und des naturnahen Lebens in der
 1309 Stadt. Die Städte sollen selbst aktiv werden, in dem sie Gemeinschaftsgärten betreiben, wie
 1310 dies schon in Andernach („essbare Stadt“) läuft. Es sollen verstärkt Obstbäume auf
 1311 Schulflächen, Parks und andere stadtnahen Grünflächen angebaut werden.
- 1312 • die Förderung von Kleinflächen, Wiederaufforstung und Brachwiesen sowie für die Förderung
 - 1313 bäuerlicher Familienbetriebe im ländlichen Raum. Damit soll dem Vormarsch der
 - 1314 Industrialisierung der Landwirtschaft, eingehend mit Verlust der biologischen Artenvielfalt,
 - 1315 Bodenzerstörung und Ressourcenverbrauch durch Agrarchemie Einhalt geboten werden. .
 - 1316 • die Unterstützung der ProduzentInnen bei der Direktvermarktung regionaler Produkte und
 - 1317 die Förderung von gastronomischen Betrieben, die vorrangig regionale Produkte anbieten.
 - 1318 Das fördert die regionale Wirtschaft, Ressourcenverbrauch durch weite Transporte wird
 - 1319 reduziert.
 - 1320 • die Förderung von Nutztierhaltung in Relation zur vorhandenen Fläche, so dass das
 - 1321 ökologische Gleichgewicht zwischen Futterfläche und Bedarf an Mist für die ökologische
 - 1322 Düngung eingehalten wird.
 - 1323 • die Bereitstellung von Flächen für Urban Gardening durch Berücksichtigung künftiger
 - 1324 Nachfrage bei der Stadtplanung.
 - 1325 • den Erhalt von bebauungsfreien Flächen mit forst- und landwirtschaftlicher Nutzung sowie
 - 1326 von Brachen für die Erholungsansprüche der Stadtbevölkerung, ebenso wie als
 - 1327 Frischluftschneisen für städtische Räume.
 - 1328 • die gute verkehrstechnische Anbindung ländlicher Gemeinden sowohl im ÖPNV, als auch bei
 - 1329 der Gestaltung des Straßen- und Wegenetzes.
 - 1330 • für die Bewirtschaftung kommunaler Wälder und Gewässerflächen nach ökologischen
 - 1331 Gesichtspunkten.
 - 1332 • Für uns gilt: Auch die Landwirtschaft muss sich dem sozial-ökologischen Umbau stellen.

1333
 1334 **12. Kultur für Alle**

1335 Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Am Umgang mit der Kultur sehen wir, wie ernst
 1336 es unser Gemeinwesen mit der geistigen und schöpferischen Freiheit meint, sie ist ein Gradmesser
 1337 der Zivilisation. Kultur liefert die Denkanstöße, die die bestehenden Verhältnisse hinterfragen, sie ist
 1338 der wichtigste Freiraum für Gegenentwürfe in unserer Gesellschaft. Nirgendwo sonst tummeln sich
 1339 so viele Menschen wie unter den Kulturschaffenden, die andere Lebensmodelle als das der
 1340 kapitalistischen Leistungsgesellschaft suchen. Zugleich findet der größte Teil der Kulturarbeit unter
 1341 besonders prekären Bedingungen statt, nur eine Minderheit kann gut und abgesichert davon leben.
 1342 Die Standard-Erwerbsbiografie, an der sich Arbeits-, Sozial- und Rentenpolitik orientieren, trifft auf
 1343 sie fast nie zu. Zugleich ist der Kulturbereich einer der bedrohtesten, weil seine Kosten meist zu den
 1344 sogenannten „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen gehören.

1345 Kultur ist ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und
 1346 gesellschaftlicher Verständigung. Sie allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen
 1347 bleibt unsere zentrale Forderung.

1348 Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind reich an kulturellen Einrichtungen und kulturellen
 1349 Traditionen. In ihnen leben hervorragende Künstlerinnen und Künstler, die alle Bereiche - von der
 1350 Basiskultur, der freien Szene bis zur etablierten Institutionen der sogenannten Hochkultur -

1351 bereichern. Kommunal erlebbare Kultur stiftet Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit
1352 ihrer Kommune und ihrer Region.

1353 Deshalb tritt DIE LINKE. NRW ein für:

1354 • eine „Neuausrichtung“ der kommunalen Kulturpolitik hin zur einer „Kultur für Alle“, zugleich
1355 gegen eine Verflachung der Kultur in Richtung eines konsumistischen Mainstreams;

1356 • altersgerechte, aber anspruchsvolle Angebote für Kinder- und Jugendliche und deren
1357 Gleichstellung mit Angeboten für Erwachsene;

1358 • eine stärkere Vernetzung der öffentlichen Kultureinrichtungen und der Kulturangebote der
1359 Kommunen; die dynamische Anpassung der Kulturfinanzierung an den steigenden Kostenbedarf;

1360 • die Förderung kultureller Vielfalt statt einzelner „Leuchtturmprojekte“;

1361 • Schutz der künstlerischen Freiheit der freien Szene statt ihrer Unterwerfung unter die kurzfristigen
1362 Zielsetzungen von Kommunalpolitik und Verwaltung;

1363 • die Förderung und Gleichbehandlung neuerer kultureller Ausdrucksformen mit der etablierten
1364 Kultur.

1365 In Zeiten kommunaler Nothaushalte und Sparzwängen wird wieder zuerst bei Kunst und Kultur, bei
1366 Sport und Freizeiteinrichtungen auf der einen Seite der Rotstift angesetzt, auf der anderen Seite
1367 werden die Gebühren erhöht. Diese selbstgewählte Abwärtsspirale bringt weiteren Kulturabbau.
1368 Kulturabbau heißt aber auch immer Demokratieabbau!

1369 In den nordrhein-westfälischen Kommunen leben immer mehr Menschen und vor allem Kinder in
1370 prekären Verhältnissen. Wenn Menschen sich vor allem Gedanken über das Morgen machen
1371 müssen, spielt Kunst und Kultur in ihrem Leben eine immer geringere Rolle. Kultur muss aber auch zu
1372 den Menschen gebracht werden. Eine Kultur der „langen Wege“ können sich nur wenige Menschen
1373 leisten.

1374 Deshalb tritt DIE LINKE.NRW ein für:

1375 • die flächendeckende Einführung eines „Kulturpasses“ für alle Menschen, die staatliche
1376 Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen und der unbürokratisch ermäßigte Eintritte
1377 in öffentlichen kulturellen Einrichtungen ermöglicht;

1378 • den Erhalt aller kommunalen Kultureinrichtungen von Bibliotheken, Museen bis zu Orchestern
1379 und Theatern; zu bestimmten Zeiten sollte der Eintritt regelmäßig kostenlos sein;

1380 • den Erhalt und Ausbau von Stadtteilkultur und Stadtteilhäusern mit ihren aktiven
1381 Mitmachangeboten sowie ähnlichen Einrichtungen im ländlichen Raum;

1382 • deutlich reduzierte Sozialtarife an Musik- und Volkshochschulen;

1383 • die kommunale Unterstützung bei der Einrichtung von Proberäumen für Musikgruppen.

1384 In Nordrhein-Westfalen leben viele Menschen mit Migrationshintergrund. Damit nimmt auch die
1385 kulturelle Vielfalt ständig zu. Kunst und Kultur können einen wichtigen Beitrag in den Kommunen für
1386 Verständigung, Toleranz und Integration sowie bei der Bekämpfung von Gewalt und
1387 Fremdenfeindlichkeit leisten. Kunst und Kultur sind Orte des öffentlichen Dialogs und werben für
1388 Verständnis und Toleranz.

1389 Deshalb tritt DIE LINKE. NRW ein für:

- 1390 • eine gezielte Förderung antirassistischer Kultur;
- 1391 • den weiteren Ausbau und die Förderung interkultureller Projekte und Veranstaltungen mit
1392 regionalen Kulturschaffenden;
- 1393 • den Auf- und Ausbau von „Häusern der Kulturen“ um Vorurteile abzubauen und
1394 Gemeinsamkeiten zu entdecken.

1395 Die Kultur- und die Kreativwirtschaft gewinnen auch in den Kommunen Nordrhein-Westfalens immer
1396 mehr an Bedeutung. Aber Kultur kann nicht schlicht nach wirtschaftlichen Aspekten bewertet
1397 werden. Ihre Inhalte sind mehr als ein marktwirtschaftliches Produkt.

1398 Deshalb tritt DIE LINKE. NRW ein für:

- 1399 • einen Ausbau der regionalen Kompetenzzentren für einen Ausbau der Beratungsleistungen;
- 1400 • die Bereitstellungen von kostengünstigen Räumen für Kulturschaffende;
- 1401 • die Möglichkeit einer stärkeren Vernetzung auf kommunaler und regionaler Ebene und die
1402 Schaffung von Ansprechpartnerinnen auf Verbandsebene;
- 1403 • einen Ausbau und eine Spezialisierung der Förderinstrumente;
- 1404 • eine tarifliche Bezahlung der Kulturschaffenden sowie der Angestellten bei freien Trägern, deren
1405 wirtschaftliche Tätigkeit mit öffentlichen Kulturinstitutionen vergleichbar ist;
- 1406 • den Schutz der Kulturschaffenden vor Ideenklau bei kommunalen Projektanträgen;
- 1407 • aktive Maßnahmen gegen Korruption und Vetternwirtschaft im Kulturbereich.

1408 **13. Sport ist Lebensqualität**

1409 Die Sportvereine sind in den meisten Kommunen die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen.
1410 Jeder dritte bis vierte Mensch ist Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne
1411 Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der
1412 Bevölkerung hat. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Erholung und Entspannung.
1413 Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller
1414 Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung
1415 während der Berufsjahre, bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter.

1416 Die Kommunen, Landkreise, Städte und Gemeinden, haben eine wichtige Aufgabe beim Erhalt der
1417 kommunalen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und

- 1418 Vereinen, aber auch vereinslosen Sport Treibenden in Kneipen- oder Betriebsmannschaften in
1419 ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem
1420 Menschen möglich sein.
- 1421 Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport auch
1422 eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und
1423 unterschiedlicher Kulturen. Viele Fußballspielende und Leistungssport Betreibende mit
1424 Migrationshintergrund zeigen das deutlich. Die Förderung von Toleranz und Akzeptanz statt
1425 Rassismus und Ausgrenzung sowie Gewaltprävention sind für viele Vereine wichtige Ziele.
- 1426 Es ist deshalb falsch, wenn Kommunen unter dem Druck der Nothaushalte als erstes im
1427 Sporthaushalt zu kürzen versuchen.
- 1428 Auch für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben sind
1429 Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für DIE LINKE. NRW ebenfalls: Es muss
1430 Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch einen barrierefreier Zugang
1431 für Menschen mit Behinderung.
- 1432 DIE LINKE. NRW tritt ein für:
- 1433 • bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich
1434 ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten;
 - 1435 • den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind;
 - 1436 • die Förderung der Teilnahme von allen an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen
1437 Beitrag zur Inklusion leisten;
 - 1438 • die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport;
 - 1439 • die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine mit
1440 besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migranten usw.;
 - 1441 • transparente kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne und Förderrichtlinien für die
1442 Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden; besondere
1443 Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migranten
1444 und einkommensschwachen Menschen;
 - 1445 • den Ausbau von Kunstrasenfußballplätzen, wo es noch nicht genügend gibt;
 - 1446 • kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen
1447 für Investitionen und Projekte an Land und Bund;
 - 1448 • die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige
1449 Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche Absetzbarkeit
1450 ehrenamtlichen Aufwandes (u.a. der Kilometerpauschale);
 - 1451 • die Förderung der Einrichtung von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten;

- 1452 • die Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten gegen gewaltbereite Hooligans in
1453 Kooperation mit den entsprechenden Fußballvereinen.

1454 **14. Bildung und Ausbildung: ein universales Menschenrecht**

1455 Gute, gebührenfreie Kitas für Alle

1456 Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung.
1457 Verlässliche, gute Ganztagsangebote für Kinder in Kitas sind jedoch nach wie vor Mangelware.
1458 Gerade für Unter-Dreijährige gibt es zu wenig Kitaplätze, der Ausbau stockt, Eltern sind unzufrieden.
1459 Über den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung ist außerdem die Qualität in Vergessenheit
1460 geraten. Es fehlen Erzieherinnen und Erzieher sowie entsprechende Weiterbildungs- und
1461 Ausbildungsmöglichkeiten. Zu große Gruppen, gering qualifiziertes Personal, beengte
1462 Räumlichkeiten, minderwertiges Essen – zu kurze und unflexible Öffnungszeiten und unzureichende
1463 Teilzeitbetreuungsangebote runden das desolatte Bild ab. Zudem wird die für Städte kostengünstigere
1464 und für Eltern wesentlich teurere Tagespflege massiv ausgebaut, um den Mangel an Kitaplätzen zu
1465 vertuschen.

1466 Viele Eltern wünschen sich eine Kinderbetreuung von Anfang an, aber nicht nur deshalb, weil sie
1467 Berufstätigkeit und Kinder unter einen Hut bringen wollen, sondern auch, weil sie die Vorteile von
1468 frühkindlicher Bildung nutzen wollen.

1469 Deshalb setzt sich DIE LINKE ein für:

- 1470 • KiTa-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, von Anfang an;
- 1471 • professionell, gut ausgestattet und wohnortnah;
- 1472 • in kommunaler Trägerschaft, damit kein Kind abgewiesen werden kann;
- 1473 • unter demokratischer Einbeziehung der Eltern.

1474 DIE LINKE tritt ein für:

- 1475 • ein inklusives, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot
1476 für ALLE Kinder von Anfang an, das ihren unterschiedlichen und altersspezifischen
1477 Bedürfnissen gerecht wird.
- 1478 • den Rechtsanspruch auf einen Platz für alle Kinder ab einem Jahr. DIE LINKE will diesen
1479 Rechtsanspruch in einer wohnortnahen, gut ausgestatteten Kindertagesstätte realisiert
1480 sehen. Bei der Bereitstellung von Plätzen in Kitas ist der tatsächliche Bedarf zu
1481 berücksichtigen und nicht eine beliebig ermittelte Quote;
- 1482 • die offensive Aufklärung der Eltern über den Rechtsanspruch.
- 1483 • Der Rechtsanspruch des Kindes gilt unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern und dem
1484 Elternwunsch ist zu entsprechen. Erwerbslose Familien systematisch auf 25-W.Std.-Plätze
1485 oder ans Ende der Wartelisten in Kitas oder Tagespflege zu verweisen, ist keine Lösung;

- 1486 • eine für eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der
1487 gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung;

- 1488 • die Verbesserung der Betreuungsqualität. Dafür müssen Gruppen in Kitas verkleinert und die
1489 Fachkraft-Kind-Relation über den KiBiZ-Schlüssel hinaus deutlich verbessert werden.
1490 Erzieher/innen brauchen kontinuierliche Weiterbildungsangebote, besonders im Bereich der
1491 Sprachförderung. Die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie deren
1492 Arbeitsbedingungen sind zu verbessern;

- 1493 • ausreichend öffentlich-geförderte, gebührenfreie Kitaplätze insbesondere in kommunaler
1494 Trägerschaft. Die Trägervielfalt ist zwar zu erhalten, Zugangsbeschränkungen müssen aber
1495 verhindert werden: Alle Kinder inklusiv“;

- 1496 • eine Stärkung der Gemeinschaftskindergärten. Kitaplätze sind für alle Kinder zu schaffen,
1497 unabhängig von Konfessionen und Glauben. Kirche und Staat sind auch in der
1498 Elementarerziehung voneinander zu trennen;

- 1499 • Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit Eltern Beruf und Familienleben
1500 vereinbaren können. Gleichzeitig müssen in den Einrichtungen die Standards guter Arbeit
1501 und das Kindeswohl realisiert werden. Das Wohl des Kindes und die konzeptionelle Arbeit
1502 müssen damit in Einklang gebracht werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut, ist auch
1503 das Fachpersonal aufzustocken und die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie
1504 deren Arbeitsbedingungen zu verbessern;

- 1505 • in Kitas einen Professionenmix mit Erzieher/innen, Heil- und Sozialpädagog(inn)en,
1506 Logopäd(inn)en und anderen Berufsgruppen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die kommunale
1507 Einstellungs- und Entlohnungspolitik dahingehend zu verändern;

1508 Die „Billiglösung Tagespflege“ im Zuge des U3-Ausbaus ist in seiner derzeitigen Form abzulehnen.
1509 Sie ist nicht immer der Entwicklung von Kindern förderlich und kann Kindeswohlgefährdung
1510 begünstigen, wenn Überforderungssituationen entstehen.
1511 Sie ist für die Eltern teurer und weniger verlässlich (wenn Tagesmütter krank werden). Für die
1512 Tagesmütter und -väter ist sie eine häufig unterbezahlte, selbstständige und wenig
1513 zukunftsplanbare Arbeit. Für Kommunen ist die Einrichtung von Plätzen in der Tagespflege die
1514 deutlich billigere Alternative zu neuen Kitas. Besonders problematisch sind die
1515 Qualifikationsvoraussetzungen: Nötig für eine Tagespflegeterlaubnis ist nur eine 160-stündige
1516 Ausbildung. Auch die Fachberatung und Kontrolle der Tageseltern durch das Jugendamt und
1517 örtliche Träger sind zu verbessern. Die insgesamt schlechten Rahmenbedingungen in der
1518 Kindertagespflege schlagen sich häufig auf die Betreuungsqualität nieder zu Lasten der
1519 Förderung der U3-Kinder. Die meisten Eltern wünschen sich aus diesen Gründen einen Kita- und
1520 keinen Tagespflegeplatz.

1521 • Die Qualifikation von Tagespflegeeltern ist erheblich auszubauen und die fachliche
1522 Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger ist zu verbessern.
1523 Private Zuzahlungen der Eltern müssen von der Kommune unterbunden und Tageseltern
1524 existenzsichernd entlohnt werden.

1525 Gute Schule für Alle

1526 Die Planung im Schulbereich ist in vielen Kommunen geprägt durch Reaktionen auf
1527 Geburtenrückgang, durch finanzielle Engpässe der Kommune und kurzfristig sinnvoll erscheinende
1528 Schulschließungen.

1529 LINKE-Kommunalvertretungen stellen dem ein Konzept gegenüber, das sich an den Interessen der
1530 Kinder und ihrer Eltern orientiert. Die kommunale Schullandschaft muss langfristig geplant werden
1531 und sich an pädagogischen Zielen und langfristigen demographischen Entwicklungen orientieren:

1532 - inklusiv

1533 - wohnortnah

1534 - qualitativ gut ausgestattet

1535 - ganztägig und kostenfrei

1536 - mit individueller Förderung

1537 - Familiensprachen unterstützend

1538 - multiprofessionell (z.B. Schulsozialarbeit)

1539 Dafür braucht die Kommune Planungen, die sich frühzeitig auf die Geburtenzahlen in den Quartieren
1540 stützt und über regelmäßige Elternbefragungen zu Schulort, Ganztags, weiteren pädagogischen
1541 Angeboten wie Schwerpunktschulen usw. die Wünsche der Eltern ermittelt.

1542 LINKE-Kommunalpolitik setzen sich für eine solche Schulentwicklungsplanung ein, weil „gute Schule“
1543 auch „gute Schulräume“ benötigt, die Gruppenräume, Räume für ein differenziertes Lernangebot, für
1544 Sport- und Freizeitangebote zur Verfügung hat.

- 1545 Grundschule
- 1546 Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch
 1547 entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in
 1548 lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden LINKE-
 1549 Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen
 1550 insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.
- 1551 Ganztage in Grundschulen ist für viele Eltern ein Ärgernis, weil Plätze Mangelware sind. Außerdem ist
 1552 durch den „Offenen Ganztage“ der Tag für die Kinder, die am Ganztage teilnehmen, immer noch in
 1553 Phasen des Unterrichts am Vormittag und Phasen des Spiels und der „Betreuung“ am Nachmittag
 1554 geteilt. Pädagogisch sinnvoll wäre das ganztägige Abwechseln von Lern- und Spiel-Sport-Situationen.
 1555 Daher tritt DIE LINKE für gebundenen Ganztage ein.
- 1556 Nach den Beschlüssen der Landesschulbildungskonferenz, die von der NRW-Schulministerin Löhrmann
 1557 mit viel Propaganda durchgeführt wurde, soll der Ganztage nicht nur bedarfsdeckend werden,
 1558 sondern bis 2020 auch „gebunden“ sein. Hierzu müssen Kommunen jetzt schon Vorbereitungen
 1559 treffen, damit alle Eltern, die einen Ganztagsplatz wünschen, diesen auch bekommen. Auch deshalb
 1560 weist LINKE-Kommunalpolitik die Verkleinerung oder den Verkauf von Schulgebäuden zurück.
- 1561 Sekundarstufe I
- 1562 Elternbefragungen – kommunale Schulentwicklungsplanung
- 1563 Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach
 1564 Ganztagschulen abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich
 1565 die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der
 1566 Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten.
- 1567 Damit könnte auch endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz
 1568 umgesetzt werden.
- 1569 Sekundarstufe II
- 1570 Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler,
 1571 um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrecht zu erhalten.
 1572 Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch
 1573 Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand
 1574 für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen
 1575 unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.
- 1576 Daher setzt sich LINKE-Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die
 1577 mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit
 1578 den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot
 1579 zu erreichen.
- 1580 Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren
- 1581 Trotz angeblichem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern suchen viele Jugendliche vergeblich
 1582 einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche

1583 Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich
1584 zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

1585 Hier will LINKE Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur,
1586 BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen
1587 Anlaufpunkt erhalten.

1588 Inklusion im Bildungsbereich

1589 Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

1590 Deshalb werden LINKE-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die
1591 Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation
1592 der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

1593 Bisher gibt es noch in den Kommunen Gebäude der Förderschulen. Auch wenn zukünftig Inklusion
1594 die Absonderung nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume doch erhalten bleiben, um Förderzentren
1595 für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen, in denen die Förderung der Schülerinnen und Schüler,
1596 aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden kann.

1597 Daher wird LINKE Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

1598 Auch wenn sich DIE LINKE mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft
1599 ausspricht, so werden LINKE-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren
1600 übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der
1601 Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen
1602 sinnvoll gewährleistet zu können.

1603 Schulentwicklung im ländlichen Raum

1604 Im ländlichen Raum wirkt sich der Rückgang der Geburten auf die Schulstruktur massiv aus:
1605 Grundschulen werden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von Grundschulen, sogenannte
1606 Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die Schließung. Das Prinzip „kurze
1607 Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als Lippenbekenntnis statt!

1608 Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkindern nachteilige
1609 Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich ist kein Hindernis für den Schließungswahn.
1610 Da es schon seit langem keinen reinen Schülerverkehr mehr gibt, kommen noch Wartezeiten im
1611 ÖPNV hinzu.

1612 Wenn es nach der Grundschulen dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die Kommune
1613 glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt noch ein Angebot
1614 für Fünftklässler machen kann.

1615 Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität; die Folgen sind sofort spürbar:
1616 Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt schon
1617 mit Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen Gesamtschulplatz; auch auf
1618 dem Lande liegen die Anmeldezahlen deutlich über denen der vorhandenen freien Plätze.

1619 Daher wird sich LINKE Kommunalpolitik weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen
1620 einsetzen sowie für Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für
1621 Alle realisierbar.

1622 Weiterbildung

1623 Markt macht kaputt.

1624 Die – mehrheitlich – politisch gewollte marktförmige Umgestaltung der Weiterbildung (WB) und ihre
1625 betriebswirtschaftliche Steuerung hinterlässt ein Trümmerfeld desaströser "Dienstleistung" und
1626 zerstört die politische Gestaltung dieses Bildungssektors. Die Leidtragenden sind das – pädagogische
1627 – Personal und sind die Bildungsinteressierten, denen höhere Zugangshürden durch steigende
1628 Entgelte und anderes auferlegt werden.

1629 Die marktgerechte Vision von Weiterbildung in Europa setzt auf Subventionen, die der Kassenlage
1630 angepasst werden, sind marktgängige Angebote für zahlungskräftige Kunden, die auf der Grundlage
1631 prekärer Beschäftigung kostengünstigster werden – ein grundlegender Paradigmenwechsel für das
1632 Weiterbildungssystem.

1633 In NRW wurde die gesetzliche Förderung nahezu durchgängig immer wieder reduziert und so den
1634 Teilnehmenden immer höhere Entgeltzahlungen auferlegt; die sozial selektive Wirkung kann
1635 eigentlich nicht überraschend sein.

1636 Die Einrichtungen suchen Auswege durch Einwerben von "Drittmitteln" und Projektfinanzierung.
1637 Doch mit dem Abschluss der Projekte endet auch deren Finanzierung; die Aufgaben werden
1638 niedergelegt und das Personal wird entlassen. Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit sowie eine
1639 bedürfnisorientierte Planung für die Bevölkerung ist so nicht zu erreichen.

1640 Zur zunehmenden Kommerzialisierung tritt somit ein ständiger Auf- und Abbau von WB-Angeboten.
1641 In den Hintergrund treten bildungspolitische Ziele wie die Versorgung der Bevölkerung und
1642 Beschäftigungsqualität. Die gängigen Verfahren zur Qualitätsfeststellung und -zertifizierung, die
1643 übrigens von privaten Agenturen und Dienstleistern kostenpflichtig durchgeführt werden – blenden
1644 „Beschäftigungsqualität“ weitgehend aus.

1645 Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde die nationale Bildungspolitik gleichzeitig Schritt für
1646 Schritt in einen internationalen Kontext eingebettet: durch globale Verträge wie das GATS-
1647 Abkommen (General Agreement on Trades in Services) und die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Diese
1648 Abkommen führen im Kern dazu, dass Bildung wie ein Dienstleistungsunternehmen zu organisieren
1649 ist und sich die Anbieter im Wettbewerb gegenseitig ausstechen. (s.a. „prekär“ 17/2006 der
1650 GEW/Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Sonderausgabe z. VHS-Tag)

1651 Öffentliche Aufgabe und Gestaltungsmacht sind gefragt

1652 Im Rahmen der Strategie einer Re-Kommunalisierung muss die öffentliche Verantwortung für WB
1653 nicht nur gesichert, sondern (wieder) vorangetrieben werden. Statt Subsidiarität und
1654 Subventionierung der WB nach Kassenlage muss die gesetzlich vorgeschriebene und noch nicht
1655 gänzlich ausgehöhlt „kommunale Pflichtaufgabe" und ein gesetzlicher „Versorgungsauftrag“
1656 deutlich hervorgehoben und müssen damit die VHS als Einrichtungen in öffentlicher Hand gestärkt
1657 und ausgebaut werden. In fast 1000 „Städten, Gemeinden und Kreisen Deutschlands ist die

1658 Volkshochschule als das kommunale öffentliche Weiterbildungszentrum integraler Bestandteil der
1659 kommunalen Bildungsinfrastruktur und bewährte zentrale Institution der kommunalen
1660 Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Die kommunale Verankerung ist für die
1661 Volkshochschulen ein Identität stiftendes Merkmal. Volkshochschulen werden direkt oder indirekt
1662 von der kommunalen Selbstverwaltung getragen. Die örtlichen politischen
1663 Vertretungskörperschaften treffen hierzu die erforderlichen Entscheidungen. Sie waren und sie sind
1664 sich ihrer hohen Verantwortung für die Bereitstellung einer breiten Grundversorgung an
1665 Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger stets bewusst...Mit ihren Volkshochschulen verfügen
1666 die Kommunen über ein eigenes Steuerungs- und Gestaltungsinstrument im bildungs-, arbeitsmarkt-
1667 und sozialpolitischen Bereich...

1668 Ziel des politischen und finanziellen Engagements der Kommunen ist es, dass sie sich zu
1669 Bildungsstandorten weiter entwickeln, in denen alle Bürgerinnen und Bürger in einem aufeinander
1670 abgestimmten und übersichtlichen Bildungssystem eine erfolgreiche Bildungsbiografie durchlaufen
1671 können, (...) auch in einer leistungsfähigen und bedarfsdeckenden Erwachsenenbildung...

1672 Volkshochschulen halten ein vielfältiges Angebot an allgemeiner, politischer, kultureller und
1673 beruflicher Weiterbildung vor“. (alle Zitate aus: „Leistungsfähige Volkshochschulen – Aktivposten für
1674 Städte, Kreise und Gemeinden, Gemeinsame Erklärung...der kommunalen Spitzenverbände und des
1675 Deutschen Volkshochschul-Verbandes/DVV, Nov.2011).

1676 Neben den Kommunen steht das Land NRW in der Verantwortung als Gesetzgeber. Die ständigen,
1677 nur selten unterbrochenen Kürzungen der Landesmittel aus dem WBG-NRW (WB-Gesetz) bildet die
1678 "Axt", die zur "Kahlschlagpolitik" (DGB) führte – bestimmend für die letzten ca. 20 (zwanzig!) Jahre.
1679 Als das Weiterbildungsgesetz (WBG) 1975 in NRW in Kraft trat, deckte die gesetzliche
1680 Landesförderung rund 60 % der Kosten einer VHS ab, ca. 30 % waren kommunale Finanzmittel und
1681 maximal 10 % wurden aus Teilnehmerentgelten eingenommen. Das ist heute ganz anders – nicht nur
1682 bei Volkshochschulen.

1683 • Diese Fördermittel des Landes müssen wieder deutlich erhöht werden.

1684 LINKE Kommunalpolitik fordert deshalb:

1685 • Erhalt und Ausbau des kommunalen WB-Angebots an den Volkshochschulen.

1686 • Kommunale Information aller Erwerbstätigen über ihren Anspruch auf Bildungsurlaub.

1687 Mit den "Integrationskursen" hat die damalige Bundesregierung der WB wichtige Aufgaben im
1688 Rahmen ihrer Integrationspolitik zugeordnet. Es ist gut, dass es diese Kurse gibt. Die
1689 Durchführungsbedingungen sind aber aus pädagogischer Sicht und aus der Sicht des Personals
1690 skandalös.

1691 • Daher werden sich LINKE in Kommunalvertretungen an allen Initiativen beteiligen, die
1692 Bedingungen für Personal und Teilnehmende zu verbessern.

1693 Angesichts der Intransparenz und der "sozialen Schieflage" des WB-Angebotes im Lande erweist sich
1694 Bildungsberatung für Erwachsene als dringend notwendig; dies fordern unisono die EU-Politik sowie
1695 die Bundes- und Landespolitik. Was aber tatsächlich passiert, ist ein ständiger Auf- und Abbau solcher
1696 "Beratungsstellen für Bildung, Beruf und Beschäftigung" je nach punktuell gegebenen

- 1697 Förderungsbedingungen. Von flächendeckendem Angebot solcher Beratungsstellen kann überhaupt
 1698 keine Rede sein. Vielmehr existiert eine Art löchriger, sich ständig verändernder Flickenteppich an
 1699 unterschiedlichsten Beratungsstellen für die verschiedensten Anlässe, Lebenssituationen,
 1700 Zielgruppen und Nutzungsmöglichkeiten. Ein Unding, wenn sich solch ein Beratungsfeld selbst nur
 1701 wieder erschließen lässt durch – fachkundige Beratung.
- 1702 • DIE LINKE.NRW setzt sich für die eine zentrale kommunale Bildungsberatungsstelle ein.
- 1703 Riesiger Bildungsbedarf Erwachsener
- 1704 In Sonntagsreden wird die Bedeutung der WB immer wieder gebetsmühlenartig betont; dazu im
 1705 krassen Gegensatz steht ihre tatsächliche Ressourcenausstattung. Gemessen an dem, das
 1706 gesellschaftlich notwendig wäre, steht die WB wirklich nahezu vor einem "Berg von Aufgaben".
- 1707 • Es fehlen weitere Grundlagenkurse für alle, die nach Abschluss ihrer Schulzeit keine soliden
 1708 Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen haben; ihr Anteil liegt laut aktueller Studie
 1709 bei deutlich über 7 %!
- 1710 • Ein weiteres großes Aufgabenfeld laut PISA und anderen Untersuchungen sind die 25 % der
 1711 jugendlichen Schulabgänger, die eine zweite oder gar dritte Chance zum Lernen benötigen.
 1712 Diese Gruppe ist in der WB allenfalls marginal vertreten.
- 1713 • Viele Jugendliche haben eine "Maßnahmen-Karrieren" hinter sich, sind aber trotzdem ohne
 1714 eine abgeschlossene Berufsbildung geblieben. Sie verdienen ein Angebot, eine anerkannte
 1715 Berufsausbildung abschließen zu können – und sei es in einer Maßnahme in staatlicher Regie.
- 1716 • Die festgestellte "soziale Schieflage" ist eine große Herausforderung für die gesamte WB; sie
 1717 gilt es zu stoppen und allen Zugangschancen in einem intransparenten WB-System zu
 1718 erschließen. Anlaufstellen für alle – auch erwachsene -Ratsuchende in Bildungsfragen
 1719 flächendeckend einzurichten und zu unterhalten. Hier ist öffentliche Verantwortung und
 1720 Gestaltungsmacht dringend gefordert. Die staatliche Regie garantiert auch eine hoheitliche
 1721 Handhabung der Anerkennung informeller und im Ausland erworbener Kompetenzen und
 1722 Qualifikationen. Aufsuchenden Beratung, wo nötig, stellt ein wichtiges Instrument dar, um
 1723 gezielt gegen soziale Selektion und "Bildungsarmut" anzugehen und Chancengleichheit zu
 1724 fördern.
- 1725 Anpacken.
- 1726 Auf den ersten Blick erscheinen die Gestaltungsmöglichkeiten der WB auf kommunaler und
 1727 regionaler Ebene als sehr gering. Das ist aber nur die halbe Wahrheit.
- 1728 Richtig ist zwar, dass die Geschehnisse innerhalb von VHS im Lande wesentlich gestaltet werden
 1729 durch den Landesgesetzgeber und die -regierung. Mit den gesetzlichen Bestimmungen werden
 1730 Rahmen gesetzt für Standards und Strukturen. Dieses gesetzliche Fundament war und ist derzeit die
 1731 zentrale Grundlage der Sicherung der örtlichen VHS als dem öffentlichen WB-Zentrum, für alle offen
 1732 und in der Nähe. Ein ähnliches Maß an Offenheit, Neutralität und Verlässlichkeit wäre durch eine
 1733 WB-Agentur nicht zu erreichen. Auf die Einhaltung der "kommunalen Pflichtaufgabe" (WBG NRW) ist
 1734 zu achten und ein Einsatz für eine deutlich verbesserte Finanzausstattung, z.B. in Abstimmung mit
 1735 den WB-Verbänden, dem Städte- und Gemeindebund, usw. hilfreich. Eine institutionelle Förderung

- 1736 der Einrichtungen ist unverzichtbar; die Förderungsmarge des Landes muss deutlich und kurzfristig
 1737 auf 1% Anteil am Landesbildungsetat erhöht werden. Ohne dies bleibt die Maxime des
 1738 Lebensbegleitenden Lernens eine Fata Morgana!
- 1739 Regionale Bildungslandschaften werden vielerorts politisch favorisiert und durch vertragliche
 1740 Abmachungen auf den Weg gebracht. Diese "moderne" Neuorientierung kann sich nur allzu leicht als
 1741 eine Mogelpackung herausstellen, die der WB kaum erweiterte Möglichkeiten bietet. Ganz
 1742 vordergründig ist die WB (oft) in diesen "Landschaften" nicht mitgedacht; die Regelungsansätze
 1743 pendeln zwischen Schule und Betrieb und deren "passgenauer" Abstimmung. Sie fußen darüber
 1744 hinaus auf einem postulierten kommunal/staatlich-bürgerschaftlichem Engagement und leisten einer
 1745 Ent-Staatlichung bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben Vorschub.
- 1746
- LINKE Kommunalpolitik fordert ein, WB als Teil der Bildungslandschaft einzubeziehen.
- 1747
- WB hat ein hohes Maß an Bildungsberatungskompetenz und –erfahrung. Diese soll für die
 1748 kommunale Bildungsberatung ausgebaut werden.
- 1749 Grundlegende Verbesserungen der gesetzlichen Bestimmungen für die "Integrationskurse" durch die
 1750 Bundesregierung sind überfällig. Zu viele warten lange auf ihren Kurs oder geben ganz auf. Sie
 1751 scheitern an unzulänglichen Bedingungen, werden dafür oft auch noch als „bildungsunwillig“
 1752 beschimpft.
- 1753 Skandalös sind die Beschäftigungsverhältnisse für das unterrichtende und beratende Personal; sie
 1754 sind zum weit überwiegenden Teil prekär beschäftigt, viele davon scheinselbstständig.
- 1755
- LINKE Ratsfraktionen werden diese Kurse in den Blick nehmen und kommunale Initiativen
 1756 anstrengen, die skandalöse Situation für Personal und Teilnehmende deutlich zu verbessern.
 1757 Nur der gemeinsame Druck von Kommunalpolitik, Gewerkschaften und
 1758 Migrantenorganisationen wird Bund und Land zu Verbesserungen zwingen.
- 1759 Um Ausgaben zu sparen, wird die Fusion ehemals selbstständiger VHS betrieben, angeblich ohne das
 1760 Angebot und seine Vielfalt zu beeinträchtigen. Diese Behauptung ist aber nichts als Augenwischerei.
 1761 Meist wird die Kostenersparnis erreicht durch Stellenabbau. Mit der verringerten Stellenzahl
 1762 reduziert sich oft auch die Landesförderung. Mit dem deutlich vergrößerten Einzugsbereich sinkt die
 1763 Erreichbarkeit von Einrichtung und Angebot und viele werden wegbleiben.
- 1764
- Deshalb treten LINKE für den Erhalt der VHS vor Ort ein.
- 1765 Insbesondere bei der VHS entsteht über die zuständigen parlamentarischen Fachausschüsse noch
 1766 politischer Gestaltungsspielraum. Die dortige Personalentwicklung für alle Mitarbeiter
 1767 (Aufgabenverteilung, Stellen und ihre Bewertung, geringfügig und "freiberuflich" Beschäftigte,
 1768 Honorierung, soziale Sicherung, Interessenvertretung/ Mitbestimmung) und die Finanzentwicklung
 1769 (Landes- und Trägermittel, Projektmittel und deren Konditionen, andere ergänzende
 1770 Finanzierungsquellen) ist leicht abzufragen, politisch zu bewerten, öffentlich zu machen und
 1771 Änderungsanträge zu stellen.
- 1772 Daher werden LINKE Kommunalvertretungen:

- 1773 • Bildungs – und Ausbildungswege bzw. der Arbeitsbiografien von Schulabgängern – natürlich
1774 anonym und in Zusammenarbeit mit Jobcenter/Arbeitsagentur, durch Anfragen
1775 nachverfolgen.
- 1776 • Daran anschließend muss die kommunale Bildungsberatung intensivere Gespräche mit
1777 Jugendlichen über ihre Ausbildungs- und Bildungsbedingungen und weitergehende
1778 Bildungswünsche führen.
- 1779 • Die Qualität der Ausbildungsbetriebe muss kommunal ermittelt werden sowie die der
1780 Maßnahmeträger;
- 1781 • Kommunale Bildungsberatungsstellen, auch für Erwachsene, einfordern. Die dazu
1782 notwendigen Ressourcen kommen aus Landes- und/oder Bundesmitteln. So wird eine
1783 dauerhafte, wohnortnahe Bildungsberatungsstelle mit festangestelltem, tariflich entlohntem
1784 und wissenschaftlich-professionellem Beratungspersonal, das auch Anerkennungsverfahren
1785 bewerten und abschließend dokumentieren kann, sichergestellt.
- 1786 Kommune als Trägerin von Ausbildung
- 1787 Die Kommune bildet oftmals nur in Verwaltungsberufen aus, obwohl sie vielfältige Berufe
1788 beschäftigt.
- 1789 Daher fordern LINKE, dass sich Kommunen in ihrem Ausbildungsbemühen an folgenden Leitlinien
1790 orientieren:
- 1791 • Ausbildung weit über eigenen Bedarf;
- 1792 • In allen beruflichen Bereichen, in denen Kommune Beschäftigung anbietet;
- 1793 • Auszubildende bilden die Sozialstruktur vor Ort ab, vor allem beim Anteil der
1794 Förderschulabsolvierenden sowie Jugendlichen mit Migrationshintergrund;
- 1795 • Ausbildung auch für solche Bewerberinnen und Bewerber, die auf dem sogenannten freien
1796 Arbeitsmarkt schlechte Chancen haben.
- 1797 Zusammenarbeit Kommune-Hochschule
- 1798 Städte mit Hochschulstandorten sollten auch Hochschulpolitik betreiben. Hochschulpolitik der
1799 Kommune muss eingebettet sein in eine Stadtentwicklungspolitik, die die wissenschaftlichen
1800 Angebote für die besonderen Fragestellungen und Entwicklungsaufgaben der Kommune nutzt.
- 1801 Deshalb fordert LINKE Kommunalpolitik:
- 1802 • ein Kooperationskonzept zwischen Kommune und Hochschule, das beiderseitigen Interessen
1803 dient, die jeweiligen Möglichkeiten den Partnern zur Verfügung stellt;
- 1804 • einen in der Kommune vor Ort verankerten Gesellschaftsrat, der die Belange der Hochschule
1805 in der Stadt in den Blick nimmt, der die Bedürfnisse der Studierenden, vor allem die Wohn-,
1806 Praktikums- und Verkehrsbedürfnisse, in die kommunalen Gremien einbringt und innerhalb
1807 der Hochschule für Gute Arbeit vor Ort sorgt;

- 1808 • Die kommunale Bildungsberatung soll Kontakte zwischen Schulen und Hochschulen
1809 systematisieren, damit es nicht dem Zufall überlassen bleibt, ob Schülerinnen und Schüler
1810 von den Angeboten der Hochschule Gebrauch machen können.

1811 **15. Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche**

1812 Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert.
1813 Neben der traditionellen Familiendefinition leben Kinder und Jugendliche in Patchworkfamilien,
1814 eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden,
1815 die mit Kindern in gleichen Haushalt leben, ist stark gestiegen. In industriell geprägten Großstädten
1816 Nordrhein-Westfalens lebt jedes dritte Kind in einer Familie mit Migrationshintergrund – in einzelnen
1817 Stadtteilen jedes zweite Kind.

1818 Wir sehen in dieser vielfältigen und unterschiedlichen Form von Familien eine Bereicherung für das
1819 künftige Zusammenleben in den Kommunen und eine gute Perspektive für die soziale und kulturelle
1820 Entwicklung von jungen Menschen. Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige
1821 Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen Zukunftsperspektive und gesicherte
1822 Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung, Freizeit- und
1823 Sportmöglichkeiten.

1824 Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz-IV-Leistungen leben, nimmt weiter zu –
1825 ebenso wie jene der Kinder in Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug oder von
1826 sogenannten „Aufstockern“. Diese Kinder aus armen Verhältnissen sind von Geburt an benachteiligt,
1827 obwohl sie mit den gleichen Möglichkeiten zur Welt kommen. Ein Hauptziel der Kinder- und
1828 Jugendpolitik muss daher die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut werden. Dabei zählen
1829 Taten und nicht Lippenbekenntnisse.

1830 Viele Haushalte mit Kindern haben sich verschuldet. Eine große Zahl von ihnen – vor allem aus
1831 Familien mit Migrationshintergrund - lebt in hoch belasteten Stadtteilen mit wenig Grünflächen und
1832 Freizeitmöglichkeiten, weil höhere Mieten in besseren Vierteln nicht bezahlbar sind. Sie sind dem
1833 Lärm, industriellen Umweltgiften und Gefahren des Straßenverkehrs ausgesetzt.

1834 Die Häufung typischer Krankheitsbilder wie Atemwegserkrankungen und Allergien in den
1835 industrienahen Stadtteilen ist durch wissenschaftliche Studien nachgewiesen. Weil ein erheblicher
1836 Anteil von Eltern die Vorsorgeuntersuchungen nicht regelmäßig wahrnimmt, werden frühkindliche
1837 Entwicklungsstörungen zu spät erkannt.

1838 Viele Kinder werden Opfer von Misshandlungen und sexueller Gewalt. Die größte Gefahr für das
1839 Kindeswohl geht von körperlicher und seelischer Vernachlässigung aus.

1840 Um für Familien mit Kindern gute Lebensgrundlage in ihrem Wohnort zu schaffen, fordert DIE LINKE:

- 1841 • einen Sozialpass, der Familien die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in ihrer Stadt
1842 ermöglicht;
- 1843 • ein ausreichendes Angebot von gutem bezahlbarem Wohnraum für Familien;
- 1844 • Wohnumfeldgestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und
1845 bedarfsgerechten Spielplätzen;

- 1846 • den Erhalt und Ausbau von Streetwork- und Beratungsangeboten;
- 1847 • den Erhalt und Ausbau von Familienberatungsstellen und Erziehungshilfe.
- 1848 Für die Rechte der Jugend!
- 1849 Kinder und Jugendliche besitzen wie Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf Teilhabe.
 1850 Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen seit Jahren vernachlässigt.
 1851 Viele Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders
 1852 präventive Angebote wie die dringend benötigten Jugendzentren sind von kommunaler
 1853 Kürzungspolitik bedroht. Die LINKE tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in den Kommunalgremien
 1854 entgegen, um allen Kindern und Jugendlichen gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und
 1855 Freizeitangeboten zu erhalten.
- 1856 Kinder und Jugendliche brauchen partizipativ gestaltbare Freiräume und nicht-kommerzielle Spiel-,
 1857 Sport und Freizeitgelegenheiten. Dennoch verwarlosen solche lebensweltlich orientierten und
 1858 präventiv wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten immer mehr und fallen dem Sparzwang
 1859 zum Opfer. Gerade Kinder und Jugendliche aus armen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung
 1860 massiv benachteiligt. Die Politik vor Ort berücksichtigt immer weniger ihre Bedürfnisse und
 1861 Teilhaberechte und entscheidet an ihnen vorbei. Dabei sind aufgrund der zunehmenden
 1862 gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendlichen
 1863 unverzichtbar.
- 1864 DIE LINKE tritt ein für:
- 1865 • die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten
 1866 Stadtteilen und von selbstverwalteten Jugendzentren mit Sach- und Personalausstattung.
 1867 Jeder größere Stadtteil und jede Gemeinde sollte ein entsprechendes bedarfsgerechtes
 1868 Angebot vorhalten;
- 1869 • den Erhalt von Freiflächen als zwanglose Treffpunkte und Lernorte sowie die partizipative
 1870 Planung und Gestaltung von Spielflächen durch Kinder und Jugendliche; die Öffnung aller
 1871 Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume;
- 1872 • die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern unabhängig von einer
 1873 Vereinszugehörigkeit. Kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei
 1874 nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben;
- 1875 • flächendeckende Einführung kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger
 1876 Ferienfreizeiten;
- 1877 • einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen
 1878 Parlamenten und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen
 1879 Entscheidungen;
- 1880 • Senkung des Wahlalters bei Bürgerbegehren, -entscheiden und Kommunalwahlen auf 14
 1881 Jahre;

- 1882 • ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen wie
- 1883 kostenlose Proberäume und gebührenfreier Zugang zu technischem Equipment und
- 1884 Musikinstrumenten;

- 1885 • bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im
- 1886 Kinder- und Jugendförderplan;

- 1887 • kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Angeboten;

- 1888 • Hilfen zur Erziehung unabhängig von Haushaltssperren; insbesondere präventive Angebote
- 1889 wie Beratung für Kinder und Jugendliche sind auszubauen statt zu kürzen;

- 1890 • zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und
- 1891 Beratungsangeboten;

- 1892 • verbilligte Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der Entfernung
- 1893 zwischen Schule und Wohnort;

- 1894 • eine zehnpromtente Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltung einschließlich
- 1895 einer Übernahmegarantie, Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und
- 1896 Verwaltungen;

- 1897 • die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der
- 1898 örtlichen Stellen wie Berufsschulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und
- 1899 Stadtverwaltung. Jobcenter sollen sich verpflichten, den Auszug von Jugendlichen unter 25
- 1900 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft generell zu genehmigen.

1901 **16. Altern in Würde und sozialer Sicherheit**

- 1902 Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert.
- 1903 Wie jeder andere Lebensabschnitt beinhaltet auch das Alter eigene Ansprüche und Bedürfnisse. Alter
- 1904 ist nicht auf Rente, Pflege und Gesundheitskosten zu reduzieren.
- 1905 Die Mitgestaltung von selbstbestimmtem Altern in sozialer Sicherheit ist für Seniorinnen und
- 1906 Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.
- 1907 Zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit in der Kommune fordern wir die Erstellung eines
- 1908 langfristig konzipierten und kontinuierlich zu aktualisieren kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser
- 1909 muss in Zusammenarbeit mit Gemeinde-/Stadtrat/Kreistag, Verwaltung und Seniorenbeirat unter
- 1910 Einbeziehung möglichst vieler älterer Menschen die Inhalte und Richtlinien für die kommunale
- 1911 Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen
- 1912 und sozialen Entwicklungen (u.a. Folgen der Rentenkürzung und Gesundheitsreform).
- 1913 Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren entgegen
- 1914 gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.
- 1915 Der Propaganda vom „demographischen Wandel“ als gesellschaftlichem Problem und allen Formen
- 1916 von Altersdiskriminierung treten wir entschieden entgegen.

1917 **DIE LINKE tritt ein für:**

- 1918 • Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld;
- 1919 • Förderung und Unterstützung von Selbsthilfeprojekten und Mitarbeit in der Politik
- 1920 • Bedarfsgerechten (barrierefreien) Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein
1921 altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen;
- 1922 • Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften;
- 1923 • Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen können
1924 (Mehrgenerationenhäuser);
- 1925 • Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV;
- 1926 • Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten (Genossenschaften oder Vereine) in den
1927 Stadtteilen und Gemeinden (Einflussnahme auf Einzelhandelskonzepte);
- 1928 • Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für die Heimaufsicht
- 1929 • Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- 1930 • Berücksichtigung älterer Menschen bei Einstellungen in der Verwaltung sowie bei
1931 kommunalen Eigenbetrieben
- 1932 • Einhaltung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst.
- 1933 • Schaffung von politisch aktiven Seniorenbeiräten
- 1934 • Einrichtung und Förderung von Begegnungsangeboten in erreichbarer Nähe (z.B. von
1935 niederschweligen Begegnungsstätten sowie Angeboten für Sport, Bildung, Kultur und
1936 Freizeitaktivitäten.)
- 1937 • Aufbau unabhängiger, leicht zu erreichender Pflegeberatungsstellen.
- 1938 • Erweiterung der Angebote zur Integration an Demenz erkrankter Menschen.
1939
1940

1941 **17. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit**

1942 Damit wir leben können, wie wir wollen: Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit

1943 Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die
1944 Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert
1945 und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen wie der anhaltende
1946 Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen,
1947 Sexismus und Menschenrechtsverletzungen verweisen auf Herrschaftsstrukturen, die es zu
1948 überwinden gilt. Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist
1949 Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und

- 1950 Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Unsere
 1951 Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen die gleich
 1952 guten Plätze auf der Titanic erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen
 1953 unbearbeitet bleiben. Genau so wenig wollen wir, dass alle Geschlechter Niedriglohnjobs mit gleich
 1954 mieser Bezahlung ausüben dürfen.
- 1955 Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben
- 1956 Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eine andere Verfügungsmacht über die vorhandene Zeit: für
 1957 Erwerbsarbeit, für die Familie, für Bildung und kulturellen Austausch, für politische Einmischung, für
 1958 ausreichende Erholung und Zeit für sich selbst. Das setzt einen entsprechenden existenzsichernden
 1959 Lohn oder ein Einkommen, das ein würdevolles Leben sichert, ebenso wie ein anderes
 1960 Gesellschaftsmodell voraus.
- 1961 Der sofortige und dauerhafte Einstieg in eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen
 1962 Tätigkeiten ist durch konkrete politische Maßnahmen zu gewährleisten, denn es ist ungerecht, dass
 1963 eine Kitaerzieherin schlechter bezahlt wird als ein Automechaniker. Es ist nicht hinzunehmen, dass
 1964 die geringe Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der Rentenberechnung noch
 1965 immer zu Armutsrenten für Frauen beiträgt; in unseren Sozialsystemen ist eine veraltete und
 1966 männlich geprägte Erwerbsbiografie von 45 Jahren Vollzeitarbeit der Maßstab. Damit werden die
 1967 realen Lebenswege von Frauen und Männern in ihren heutigen Lebenslagen weiterhin ignoriert,
 1968 Solidarität und Emanzipation verhindert.
- 1969 Eine Neubewertung lässt sich nachhaltig anschieben durch eine neue Verteilung aller bezahlten und
 1970 unbezahlten Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Erwerbslosen und
 1971 Vollzeiterwerbstätigen. Ein erster Schritt ist eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf zunächst
 1972 30 Wochenstunden hin zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht nur der
 1973 volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern und es sind
 1974 vielfältige familien- und bildungsfreundliche Arbeitszeitmodelle zu etablieren.
- 1975 • Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Lohnungleichheit, dass in
 1976 Deutschland Frauen 22 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu überwinden.
- 1977 • Der Gesetzgeber soll die Tarifpartner gesetzlich verpflichten, die Tarifverträge nach
 1978 geschlechtergerechten Kriterien zu überarbeiten.
- 1979 • Der Haushalt muss nach den Kriterien des Genderbudgetierung geschlechtergerecht
 1980 ausgestaltet werden.
- 1981 • Die 50 Prozent-Quote für den Öffentlichen Dienst kann vom Gesetzgeber umgehend auf allen
 1982 Ebenen und in allen Gehaltsgruppen eingeführt werden.
- 1983 Diskriminierung von Frauen umfassend beseitigen
- 1984 Quoten sind ein Mittel und kein Ziel, um die paritätische Beteiligung von Frauen zu sichern. DIE LINKE
 1985 fordert Frauenquoten – nicht nur in Vorstandsetagen. Alle Politikbereiche haben ihren Beitrag zur
 1986 Geschlechtergerechtigkeit zu leisten. Die Frauenerwerbsquote in gut entlohnten, unbefristeten und
 1987 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ist zu steigern. Die
 1988 partnerschaftsabhängige Leistungsberechnung bei Erwerbslosigkeit ist zu beenden.

- 1989 • DIE LINKE fordert ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen, in
1990 welchen Frauen oder Männer in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung benachteiligt sind,
1991 müssen verbindlich Gleichstellungsmaßnahmen einführen.

- 1992 • Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung,
1993 Pflege) müssen durch bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet
1994 werden.

- 1995 • Für alle von Mehrfachdiskriminierung Betroffenen sind verbindliche Maßnahmen nötig, um
1996 diese Diskriminierungen aufzuheben.

- 1997 • Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Reproduktion einschließlich der
1998 Rezeptfreiheit der „Pille danach“ ist zu garantieren.

- 1999 Wirksamen Schutz und Prävention vor Gewalt gegen Frauen

- 2000 Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist als bundespolitische Pflichtaufgabe anzuerkennen und
2001 rechtlich verbindlich zu verankern. Sicherer, schneller, unbürokratischer und bedarfsgerechter Schutz
2002 und qualifizierte Hilfe in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen sowie Frauenberatungsstellen
2003 müssen Betroffenen unabhängig ihres körperlichen Zustandes, ihres Aufenthaltsstatus' oder der
2004 Lebenssituation zugänglich sein. Eine bundeseinheitliche Finanzierung ist zu gewährleisten. Opfer
2005 von Zwangsheirat bedürfen besonderer Hilfe.

- 2006 • Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich
2007 finanziert werden. Die weit verbreitete Finanzierung über Tagessätze muss endlich beendet
2008 werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht
2009 länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese Forderungen sind zudem Bestandteil
2010 internationaler Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat.

- 2011 • Die Politik ist verantwortlich, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter für
2012 das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz
2013 einheitlich umgesetzt wird. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Umgangs- und Sorgerecht,
2014 wenn Kinder als Zeugen oder selbst von Gewalt betroffen sind.

- 2015 • Alle Formen von Gewalt gegen Frauen sind öffentlich zu verurteilen, über die Ursachen ist
2016 aufzuklären. Gewaltverherrlichungen gegen Frauen in unterschiedlichsten Medien müssen
2017 konsequent bekämpft werden.

- 2018 DIE LINKE. tritt ein für:

- 2019 • die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten;

- 2020 • die Förderung von Treffpunkten für Mädchen;

- 2021 • die Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule;

- 2022 • ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in
2023 frauenspezifischen Fragen;

- 2024 • besondere Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen vor Ort, unter
- 2025 anderem bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im
- 2026 Krankheitsfall;

- 2027 • Weiterentwicklung des Prinzips Gender Mainstreaming mit entsprechenden
- 2028 Zielvorgaben;

- 2029 • Einführung des Gender Budgets nach den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit, der
- 2030 Geschlechtergerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit;

- 2031 • Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung;

- 2032 • Einrichtung eines Frauenausschusses mit Beteiligungs- und Kompetenzrechten
- 2033 gegenüber Rat, Bezirksvertretungen und Verwaltung;

- 2034 • die Ersetzung von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den
- 2035 kommunalen Verwaltungen;

- 2036 • die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige
- 2037 Arbeit“ in den Verwaltungen;

- 2038 • die systematische Förderung von Frauen und eine Selbstverpflichtung der Räte,
- 2039 Frauen in kommunalen Verwaltungen tatsächlich zu befördern;

- 2040 • Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen;

- 2041 • Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen, unabhängig
- 2042 von ihrer finanziellen Situation;

- 2043 • kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen in finanziellen Notlagen;

- 2044 • Flächendeckendes und preiswertes ÖPNV-Netz mit kurzen Taktzeiten und
- 2045 Begleitpersonal, das Sicherheit und Hilfe bietet, insbesondere in den Abendstunden;

- 2046 • eine sichere Stadt (Beleuchtung, Wege, Frauenparkplätze, Notrufeinrichtungen ...)

- 2047 Homophobie und Ausgrenzung von LGBTTI (Lesben, Gay, Bisexuelle, Transexuelle, Transgender und
- 2048 Intersexuelle) bekämpfen

- 2049 Doch viele dieser Forderungen helfen nicht nur Frauen, sondern auch den Menschen, die aufgrund
- 2050 ihrer Sexualität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam angegriffen werden.
- 2051 Wissenschaftliche und statistisch belastbare Studien belegen, dass die Offenheit und Aufgeklärtheit
- 2052 an Schulen über homosexuelle Partnerschaften und Lebensweisen stark rückläufig sind.
- 2053 „Schwuchtel“, „schwule Sau“ oder „Tunte“ werden wieder vermehrt als Schimpfwörter benutzt.
- 2054 Zeitgleich nehmen die Angriffe und Übergriffe auf nicht heterosexuell lebende Menschen zu, ebenso
- 2055 die Suizide bei jungen Menschen, die über das Internet zwangsgeoutet werden.

- 2056 Noch immer haben LGBTTI gesetzlich nicht die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie
- 2057 heterosexuelle Menschen. Zwar weist der Bundesgerichtshof regelmäßig den Gesetzgeber auf diese
- 2058 menschenverachtende Praxis hin, dennoch müssen noch heute lesbische Paare ihren Ehemann bei

2059 der Steuererklärung angeben, Schwule in der Krankenkasse ihren Partner als Ehefrau melden – und
2060 über die weitergehende Stigmatisierung als Krankheitserreger der Nation soll an dieser Stelle
2061 geschwiegen werden.

2062 Wir, DIE LINKE, kämpfen für eine echte Gleichstellung aller Partnerschaften und Menschen. Niemand
2063 darf aufgrund seiner Sexualität diskriminiert werden. Damit das aber klappt, bedarf es dringender
2064 Aufklärung und Hilfen in der Bevölkerung.

2065 Wir wollen, dass Aufklärungsarbeit schon in der Schule stattfindet, da, wo die Vorurteile ihren
2066 Nährboden finden. Wir wollen, dass homo- oder bisexuell fühlende Jugendliche Hilfe in der Schule
2067 oder Kommune finden, Hilfe, die auch den Eltern der Jugendlichen zur Verfügung stehen muss.

2068 DIE LINKE will:

2069 • eine qualifizierte Weiterbildung von Ansprechpartnerinnen und Vertrauenslehrkräften in
2070 Schulen und Berufsschulen;

2071 • eine Coming-out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung von sexueller Vielfalt und
2072 Selbstbestimmung. LGBTTI-Menschen sind keine schlechteren oder besseren Menschen;

2073 • Jugendlichen durch qualifizierten Unterricht die Möglichkeit geben, sich ein authentisches
2074 und eigenes Bild zu machen, Stereotype auszuräumen, und somit den Abbau von
2075 Diskriminierung und Mobbing fördern. Dies gilt für Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren
2076 und anderen Bildungseinrichtungen im kommunalen Bereich;

2077 • Finanzielle und personelle Absicherung kommunaler Beratungsstellen

2078 • besonders im ländlichen Bereich den Ausbau von regelmäßigen Treff- und Beratungsstellen
2079 (auch telefonisch und anonym) forcieren. Es müssen Lösungen für Probleme im Bereich von
2080 Coming out, Gewaltübergriffen, Mobbing und ähnlichem bereit gestellt werden;

2081 • in den städtischen Bereichen eine bessere Kontrolle über käuflichen Sex. Kostenlose
2082 Bereitstellung von Kondomen und Gleitmittel. Es bedarf einer breiten Aufklärung über
2083 Geschlechtskrankheiten und HIV auch in der heterosexuellen Bevölkerung;

2084 • obdachlosen jungen Strichern Unterkünfte mit einer qualifizierten Betreuung bieten;

2085 **18. Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander aller Kulturen**

2086 DIE LINKE. NRW steht für eine Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbst bestimmtes
2087 Leben ohne Diskriminierung ermöglicht. Integration bedeutet für uns Anerkennung und
2088 gleichberechtigte Teilhabe.

2089 Integration kann nur gelingen, wenn sie vor Ort gemeinsam gestaltet wird. Hierfür müssen Bund und
2090 Land entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Kommunen brauchen darüber hinaus auch
2091 finanzielle Unterstützung, damit sie Konzepte entwickeln und Maßnahmen wirksam umsetzen
2092 können.

2093 In NRW leben Menschen aus mehr als 165 Ländern, rund ein Viertel der Menschen in NRW haben
2094 Migrationshintergrund, bei Kindern und Jugendlichen sind es sogar rd. 37 %.

2095 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und bunter. Integrationsarbeit ist daher eine Pflichtaufgabe in
2096 den Kommunen. Mangelnde Bildungsgerechtigkeit und mangelnde Möglichkeiten der politischen
2097 Teilhabe, Rassismus im Alltag, räumliche Segregationstendenzen und die überdurchschnittlich hohe
2098 Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund erschweren die Integration.

2099 Die Kommunen müssen daher ihre Einfluss- und Druckmöglichkeiten konsequent wahrnehmen und
2100 gleichzeitig alle Möglichkeiten nutzen um die Integrationsarbeit vor Ort zu entwickeln.

2101 DIE LINKE tritt ein für

- 2102 • die Gleichstellung des Integrationsbeirat mit anderen Ratsausschüssen;
- 2103 • die Einbeziehung von MigrantenInnen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidung und die
2104 Politik der Kommunen;
- 2105 • ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept zur Verhinderung einer sozialkulturell
2106 bedingten Segregationen;
- 2107 • öffentlich geförderte interkulturelle Projekte, insbesondere in der Jugendarbeit;
- 2108 • Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen;
- 2109 • die Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit bei Kindern und Jugendlichen mit
2110 Migrationshintergrund;
- 2111 • die Einrichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund;
- 2112 • die Förderung der antirassistische Arbeit in Schulen;
- 2113 • eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und
2114 Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-,
2115 Hochschul- und Berufsabschlüssen;
- 2116 • die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung;
- 2117 • die Einstellung vom Menschen mit Migrationshintergrund bei den Kommunalverwaltungen
2118 entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung;
- 2119 • die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle.

2120 Asylsuchende, Geduldete und Illegalisierte sind in besonderer Weise von Diskriminierung und
2121 Ausgrenzung betroffen. Sie leben in den Kommunen oft unter völlig unwürdigen Verhältnissen in
2122 Sammelunterkünften, sie erhalten in einigen Kommunen nicht einmal die vom Verfassungsgericht als
2123 viel zu geringen kritisierten Zahlungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz, sondern werden mit
2124 Gutscheinen oder Essenpaketen abgespeist. Sie sind vielfach vom Arbeitsmarkt und von Integrations-
2125 und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Gesellschaftliche Teilhabe wird ihnen so verwehrt.

2126 Durch die Residenzpflicht wird ihnen das Recht auf Freizügigkeit versagt. Die oft Jahre dauernde
2127 Unsicherheit über ein Bleiberecht macht eine Lebensplanung unmöglich.

2128 Nordrhein-Westfalen steht bei der Abschiebung an erste Stelle. Diese Abschiebep Praxis muss beendet
2129 werden.

2130 Angesichts der großen Zahl von Menschen, die vor Krieg, Armut und Diskriminierung fliehen, muss
2131 Deutschland mehr Menschen aufnehmen und eine Willkommenskultur unabhängig von
2132 wirtschaftlichen Interessen entwickeln.

2133 DIE LINKE tritt ein für

- 2134 • die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse und die Abschaffung von
2135 Sammelunterkünften sowie Geld- statt Sachleistungen;
- 2136 • den Zugang zu Bildung und zu einer Gesundheitsversorgung für Asylsuchende, Geduldete und
2137 Illegalisierte;
- 2138 • die Teilnahmeberechtigung an Integrations- und Sprachkursen auch für Asylsuchende,
2139 Geduldete und Illegalisierte;
- 2140 • Hilfestellung bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit;
- 2141 • die Einbeziehung der Kindern und Jugendlichen, die Leistungen nach dem
2142 Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, in das Bildungs- und Teilhabepaket;
- 2143 • die Einrichtung von Härtefallkommissionen für Flüchtlinge, an die sich von Abschiebung
2144 bedrohte Flüchtlinge und Migranten wenden können;
- 2145 • die Abschaffung von schikanösen „Sicherheitsmaßnahmen“ in den Ausländerbehörden;
- 2146 • die Erstellung eines Konzepts zur Legalisierung (Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung) von
2147 Illegalisierten.

2148 **19. Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

2149 Rund zehn Prozent der Bevölkerung leben mit anerkannten Behinderungen. Durch vielfältige
2150 Barrieren im Alltag, in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen und Behörden ist
2151 Teilhabe für sie nur eingeschränkt möglich.

2152
2153 Das derzeitige gegliederte Schulsystem etwa verhindert eine konsequente Inklusion. Kinder im Alter
2154 von zehn oder zwölf Jahren auf unterschiedliche Schulformen aufzuteilen, widerspricht dem Konzept
2155 der Inklusion. Derzeit werden etwa eine halbe Million Förderschülerinnen und -schüler in
2156 Deutschland separat unterrichtet. 75 Prozent von ihnen erreichen nicht einmal einen
2157 Hauptschulabschluss.

2158 Daher sind immer noch viele Menschen mit Behinderungen ausgesondert: Sie lernen in den
2159 genannten Förderschulen, arbeiten in speziellen Werkstätten, Reisen in Behindertengruppen oder
2160 werden in Heimen „untergebracht“. Das ist nicht nur diskriminierend für die Betroffenen, es ist auch
2161 eine verpasste Chance für die gesamte Gesellschaft.

2162
2163 Es gilt, diese Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen sowie
2164 die Blockaden in den Köpfen zu überwinden.

- 2165 DIE LINKE unterstützt das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt
 2166 inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie
 2167 Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.
 2168
- 2169 Grundlage und Maßstab bildet die UN-Behindertenrechtskonvention. Der darin festgeschriebene
 2170 Inklusionsgedanke bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand
 2171 gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit,
 2172 Gleichheit und Solidarität
- 2173 Daher fordert DIE LINKE:
- 2174 • ab sofort keine neuen Barrieren zu errichten und bestehende Barrieren jeglicher Art in allen
 2175 Lebensbereichen energisch abzubauen. Dabei sollten spürbare Sanktionen bei
 2176 Zuwiderhandlung, aber auch Investitionsprogramme oder Fördermöglichkeiten vereinbart
 2177 werden;
 - 2178 • bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder
 2179 Lebenslage und -phase sowie in jedem gesellschaftlichen Zusammenhang;
 - 2180 • für eine reibungslose und personenorientierte Leistungserbringung eine flächendeckende,
 2181 sozial und inklusiv ausgestaltete Infrastruktur, einschließlich unabhängiger Beratung, zu
 2182 errichten. Den Rechtsanspruch eines Kindes auf ganztägige, gebührenfreie inklusive
 2183 Betreuung in Kindertagesstätten rechtlich festzuschreiben;
 - 2184 • Barrierefreiheit von Kommunikations- und anderen Diensten;
 - 2185 • Die Kommunen müssen Inklusionsbeauftragte ernennen, die in allen Fragen der örtlichen
 2186 Daseinsvorsorge und Gestaltung gehört werden müssen. Die Verwaltungen sollen
 2187 amtsübergreifende Inklusionsteams bilden und die notwendige Qualifizierung ihrer
 2188 Beschäftigten sicherstellen.
 - 2189 • Die Organisation und Vertretungen der Menschen mit Behinderungen müssen gehört und
 2190 ihre Anliegen vor Ort berücksichtigt werden.
 - 2191 • Bildung von Beiräten für Menschen mit Behinderungen in allen Orten
 - Berufung von ausschließlich für die Belange von Menschen mit Behinderung zuständigen
 Beauftragten. Bei der Besetzung dieser Position sind Personen mit Behinderung unbedingt zu
 bevorzugen.
 - Einbindung des Beirates für Menschen mit Behinderungen in die Planung aller kommunalen
 Bauvorhaben.
 - Schaffung von barrierefreiem Wohnraum in urbaner Lage und guter Anbindung an alle in
 Frage kommenden Versorgungseinrichtungen.
 - Den Abbau von Heimstrukturen, in denen behinderte oder alte Menschen in Isolation leben
 z.B. durch den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in zentraler Lage.
 - 2192 • Inklusion im Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung – die Absonderung
 2193 muss beendet werden.

- 2194 • Die Städte und Gemeinden müssen sicherstellen, dass Informations- und
2195 Kommunikationsdienste, insbesondere aber Notdienste barrierefrei nutzbar sind.
- 2196 • Die Weiterentwicklung wirksamer Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder
2197 Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt und
2198 Unterstützung bei der Arbeitssuche ist Aufgabe der Kommunen und ihrer Zweckverbände,
2199 der Landschaftsverbände.
2200 Sondereinrichtungen wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen die dort
2201 tätigen Menschen auf reguläre Beschäftigung vorbereiten. DIE LINKE will verhindern, dass
2202 diese Menschen auf Dauer als billigste Arbeitskräfte an die Werkstätten gebunden werden;
2203 auch Menschen mit Behinderungen müssen einen Mindestlohn von 10 Euro erhalten.
- 2204 „Die o.g. Maßnahmen müssen in kommunalen Aktionsplänen zusammengefasst werden. Diese
2205 Aktionspläne müssen gemeinsam mit den Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit
2206 Behinderungen und den Beiräten für Menschen mit Behinderung erarbeitet werden.
- 2207 In den kommunalen Aktionsplänen sind verbindlich überprüfbare Ziele, die Zeiträume für ihre
2208 Erreichung und die finanziellen Mittel dafür festzulegen.“
- 2209
- 2210 **20. Für eine kommunale Friedenspolitik**
- 2211 In den internationalen Beziehungen setzt Deutschland zunehmend auf militärische Eskalation und ist
2212 von einer friedlichen Außenpolitik weit entfernt. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Exporteur
2213 von Waffen. Diese Waffen machen es möglich, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege
2214 geführt werden. Waffenexportierende Länder tragen eine Mitverantwortung für die Flucht und
2215 Vertreibung von Millionen Menschen.
- 2216 Die Militarisierung der Außenpolitik ist längst auch in Städten und Landkreisen angekommen. So tritt
2217 die Bundeswehr zunehmend in den Kommunen öffentlich auf. Sie führt auf Straßen und Plätzen Info-
2218 und Rekrutierungsveranstaltungen durch und nimmt an Stadtfesten teil. Noch immer hat die
2219 Bundeswehr Zugriffe auf die Meldedaten von Jugendlichen. Im Rahmen der zivil-militärischen
2220 Zusammenarbeit hat sie in Rathäuser und Landratsämter Einzug gehalten. Sie will sich vor Ort als Teil
2221 einer Stadtgesellschaft präsentieren.
- 2222 Patenschaften mit Einrichtungen der Bundeswehr oder mit Kriegsschiffen sollen die Verbundenheit
2223 der Kommunen mit der Bundeswehr stärken. Dadurch soll in Städte und Landkreisen das Militärische
2224 zum Normalfall werden. Dabei wird oft auch an alten militaristischen Traditionen und am
2225 kolonialistischen Erbe Deutschlands angeknüpft. So werden bis heute in Städten und Gemeinde
2226 Kriegerdenkmäler gepflegt, Straßen und Plätze tragen Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern
2227 der Kaiserzeit und des 1. Weltkriegs.
- 2228 Die Linke tritt ein für:
- 2229 • Schließung der mit Reservisten besetzten Kreisverbindungskommandos der Bundeswehr in
2230 Kreisverwaltungen und Rathäusern.
- 2231 • Kein Aufbau zivilmilitärischer Lagezentren, stattdessen Stärkung rein ziviler Fähigkeiten zur

- 2232 Katastrophen- und Notfallhilfe
- 2233 • die Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichen Denkmälern und die
2234 Umbenennung von Straßen und Plätzen, die nach Militaristen und Kriegsverbrechern
2235 benannt sind oder kolonialistischen Namen tragen;
- 2236 • die Rücknahme von Patenschaften mit Einrichtungen der Bundeswehr und mit Kriegsschiffen;
2237 neue Patenschaften lehnen wir ab;
- 2238 • die Verweigerung von Flächen und Standplätze für die Werbung der Bundeswehr in den
2239 Städten und Gemeinden;
- 2240 • eine umfassende Unterrichtung der Jugendliche über ihr Widerspruchsrecht gegen die
2241 Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr;
- 2242 • die Verweigerung von Flächen und Standplätze für die Werbung der Bundeswehr in den
2243 Städten und Gemeinden;
- 2244 • die frühzeitige Information und Beteiligung der Bevölkerung im Falle der Stilllegung und
2245 Konversion von Militäreinrichtungen; durch Konversionsprogramme müssen Kommunen
2246 Beratung und finanzielle Unterstützung erhalten.
- 2247 • die Bereitstellung von Gewerbeflächen nur für Betriebe, die keine Rüstungsgüter und Waffen
2248 herstellen oder Zulieferer für Rüstungsbetriebe sind und die keine Entwicklung zur
2249 Herstellung Rüstungsgütern betreiben.
- 2250 Städte und Gemeinden betonen oft ihre Weltoffenheit. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich
2251 dem Gedanken der internationalen Solidarität und der Völkerverständigung verpflichtet. Sie sind
2252 aktiv in Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, in Partnerschaftsvereinen oder
2253 Schulpartnerschaften oder engagieren sich in Menschenrechtsaktivitäten.
- 2254 Rund die Hälfte der 350 Milliarden Euro, die bundesweit für die öffentliche Beschaffung durch Bund,
2255 Länder und Kommunen ausgegeben werden, entfällt auf Städte und Landkreise als öffentliche
2256 Auftraggeber. Das sind über 4200 Euro pro Einwohner und Jahr. Kommunen können durch eine faire
2257 Beschaffung einen wichtigen Beitrag zu einer gerechteren Handelsordnung und gegen
2258 ausbeuterische Arbeitsbedingungen leisten.
- 2259 Die Linke tritt ein für
- 2260 • Städte- und Projektpartnerschaften und die internationale Zusammenarbeit von Schulen,
2261 sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen;
- 2262 • eine kommunale Entwicklungszusammenarbeit, die ausreichende Finanzierung dieser Arbeit
2263 durch die Kommune und das Land und die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an
2264 der kommunalen Entwicklungsarbeit;
- 2265 • den Beitritt von Kommunen sowie von Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen sowie
2266 Landräten und Ländrätinnen zu internationalen Städte-Bündnissen wie den „Cities for Peace“
2267 und den „Majors for Peace“;

- 2268 • die Einhaltung sozialer, tariflicher und ökologischer Standards und der Kernarbeitsnormen
2269 der Internationalen Arbeitsorganisation in der öffentlichen Beschaffung.

2270 **21. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

2271 Vielfalt ist in den letzten Jahren immer mehr ein Element des Zusammenlebens vor allem in den
2272 Großstädten geworden. Das Durchschnittsalter steigt, mehr als 25 % der Menschen in NRW haben
2273 Migrationshintergrund, die kulturelle und religiöse Vielfalt nimmt zu und die gesellschaftliche
2274 Akzeptanz für unterschiedliche sexuelle Orientierungen wächst.

2275 DIE LINKE. NRW will offene, bunte und vielfältige Kommunen. Dazu gehört das Zusammenleben von
2276 Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und mit verschiedenen Lebensweisen. Eine offene,
2277 bunte, vielfältige und dadurch lebenswerte Kommune setzt Respekt voraus – Respekt vor
2278 unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen Meinungen.

2279 Faschistische und rechtspopulistische Organisationen wollen das Gegenteil und setzen auf
2280 Ausgrenzung und Gleichschaltung. NPD, REP und Pro NRW wollen sich mit Kampagnen gegen eine
2281 angebliche „Islamisierung“, gegen Moscheen, Flüchtlinge und Zuwanderung profilieren.

2282 Neofaschisten und Rechtspopulisten sind nach wie vor in viel zu vielen kommunalen Vertretungen
2283 präsent. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie durch diese Mandate ihre menschenverachtende Politik
2284 verbreiten.

2285 Die braune, fremdenfeindliche Hetze der Neofaschisten und Rechtspopulisten und ihre
2286 Verbindungen zur militanten Neonazi-Szene, den „Freien Kameradschaften“, die für Gewalttaten und
2287 Mordanschlägen auf Migranten, Antifaschistinnen, Punker, Obdachlose und Homosexuelle
2288 verantwortlich sind, verdeutlichen die Gefahren für ein friedliches Zusammenleben. Die Morde des
2289 NSU zeigen sehr deutlich, wohin neofaschistischer Gewalt in NRW führt. Diese Verbrechen sind in
2290 NRW parlamentarisch bisher nicht aufgearbeitet. Die Morde waren nur möglich, weil Polizei und
2291 Justiz weggeguckt haben und der Verfassungsschutz tief mit den Strukturen der Nazi-Gruppen
2292 verflochten ist.

2293 DIE LINKE.NRW begrüßt das Verbot der rechtsextremen Kameradschaften. Gleichzeitig fordern wir,
2294 die Partei „Die Rechte“ als Nachfolgeorganisation der verbotenen Kameradschaften ebenfalls zu
2295 verbieten.

2296 DIE LINKE.NRW fordert außerdem das Verbot der neofaschistischen NPD sowie aller anderen
2297 faschistischen und rassistischen Parteien. Diese Forderung ist bereits in der Landesverfassung, Artikel
2298 32 verankert: „Vereinigungen und Personen, die es unternehmen, die staatsbürgerlichen Freiheiten
2299 zu unterdrücken oder gegen Volk, Land oder Verfassung Gewalt anzuwenden, dürfen sich an Wahlen
2300 und Abstimmungen nicht beteiligen.“

2301 Statt von Nazis kontrollierten Zonen will DIE LINKE ein angstfreies, offenes und solidarisches
2302 Zusammenleben ermöglichen. Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen
2303 Ebenen. Die Unterstützung von antirassistischer und antifaschistischer Arbeit muss verbessert
2304 werden. Antifaschismus ist eine demokratische, parteiübergreifende Aufgabe – bei
2305 Demonstrationen, in Netzwerken gegen Rechts, in Jugend- und Kulturbündnissen ebenso wie in
2306 Stadträten und Kreistagen.

2307 DIE LINKE.NRW wendet sich entschieden gegen die Kriminalisierung von antifaschistischen Protesten
2308 und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Naziaufmärsche. Die Aufmärsche der Neonaziszene
2309 und ihre rassistischen Konzerte wurden viel zu selten von den Kommunen und vom Land verhindert.

2310 Wir verkennen nicht: Rechtspopulismus wirkt bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft. Das macht
2311 auch der Zuspruch für antieuropäische Parteien wie der AfD deutlich. Eine breit angelegte
2312 Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in jeder Form ist notwendig. Antifaschismus muss die
2313 soziale Ungleichheit bekämpfen und sich für gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben,
2314 einsetzen.

2315 DIE LINKE tritt ein für

2316 • die Nutzung aller rechtlichen Mittel, um faschistische und rechtspopulistische Aktivitäten
2317 durch Gerichte, Polizei und Verwaltung zu verhindern; das Land muss endlich die
2318 Strafverfolgung der Nutzung von Nazi-Symbolen erleichtern;

2319 • das Verbot faschistischer, antisemitischer und rassistischer Organisationen;

2320 • eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, vorrangig in Wohnungen;

2321 • die Erarbeitung kommunaler Aktionspläne gegen Rechts und ihre rasche Umsetzung;

2322 • die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit
2323 gegen Faschismus und Rechtspopulismus, insbesondere an Schulen, in Jugend- und
2324 Familieneinrichtungen;

2325 • die Einrichtung von Informations-, Beratungs- und Bildungsstellen gegen Rechtsextremismus
2326 und die Förderung von kommunalen Bündnissen gegen Rechts;

2327 • die Einrichtung von geschützten Zufluchtsorten und Anlaufstellen für die Opfer rassistischer
2328 und neofaschistischer Gewalt mit Projekten wie z. B. „Aktion Noteingang“ oder
2329 „antirassistischer Telefonketten“;

2330 • die ausreichende finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen in ganz NRW für die Opfer
2331 rechtsextremer und rassistischer Gewalt;

2332 • die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch Namen von Steigbügelhaltern
2333 des deutschen Faschismus oder von Rassisten, Antisemiten und Militaristen tragen;

2334 • die Unterstützung – gerade auch in administrativen und finanziellen Fragen – von Aktionen
2335 zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Zeit wie z. B. die „Stolpersteine“ oder den „Zug der
2336 Erinnerung“.

2337 **21. Für den Ausbau kommunaler Demokratie**

2338 DIE LINKE setzt sich für den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten
2339 für Bürgerinnen und Bürger ein. Doch dies ist ohne direkte Demokratie, Mitwirkungsmöglichkeiten
2340 und Transparenz vor Ort undenkbar. Deshalb werden Fraktionssitzungen der Partei DIE LINKE in den
2341 Kommunen Nordrhein-Westfalens grundsätzlich beteiligungsoffen gestaltet.

2342 Unser Ziel ist es zudem, die Möglichkeiten des Internet konsequent zu nutzen, z.B. durch die
2343 Möglichkeit des "Livestreaming" von Ratssitzungen oder wichtigen Ausschuss-Sitzungen.

2344 Die Rechte der Kommunen müssen gegenüber Bund und Land ausgebaut werden. Wir setzen uns
2345 dafür ein, dass in allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen der Bürgerhaushalt eingeführt wird. In
2346 einigen Kommunen ist damit schon begonnen worden. Die Einführung eines Bürgerhaushaltes
2347 erstreckt sich über mehrere Jahre und muss vor Ort entwickelt werden. Sobald wie möglich muss der
2348 gesamte Haushalt von Kommunen in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt wird,
2349 denn so wird eine direkte Mitwirkung der Menschen an der kommunalen Schwerpunktsetzung
2350 möglich.

2351 Das ist das demokratische Gegenteil zu bloßer Information über eine schlechte Finanzlage oder die
2352 reine Abschiebung von Verantwortung. Beim Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden,
2353 dass soziale Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vor gelassen werden.

2354 Die Streichung der 5-Prozent-Hürde in der Gemeindeordnung war ein wichtiger Sieg. Doch immer
2355 noch enthält sie Bestimmungen, die den Wegfall der Hürde nicht konsequent umsetzen. Dies gilt z. B.
2356 für die Besetzung von Ausschüssen, das erforderliche Stimmrecht und geht bis zur
2357 Landschaftsverbandsordnung.

2358 Die Möglichkeiten zur Durchführung von "Bürgerentscheiden" wurden unter Mitwirkung der LINKEN
2359 im Landtag NRW gestärkt. Aktiv wollen wir nun die Möglichkeiten der direkten Demokratie, die sich
2360 durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bieten, nutzen. Hiermit bietet sich Bürgerinnen und
2361 Bürgern die Möglichkeit zu einer eindeutigen Willensbildung und -äußerung.

2362 DIE LINKE will in den Kommunen dem Willen und den Interessen der Mehrheit der Einwohnerinnen
2363 und Einwohner Geltung verschaffen und besonders jene unterstützen, die bisher von den etablierten
2364 Parteien und Gruppierungen nicht hinreichend politisch berücksichtigt worden sind und deshalb
2365 kaum über Einfluss und Druckmittel verfügt haben. DIE LINKE versteht sich im Besonderen als
2366 Sprachrohr und Interessenvertretung für arme und finanzschwache Menschen in den Städten,
2367 Gemeinden und Kreisen.

2368 Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von kommunaler Politik auch deshalb nicht angesprochen,
2369 weil sie den Eindruck haben, dass vorwiegend gut situierte Bürgerinnen und Bürger in den Räten die
2370 Entscheidungen treffen, die nicht der Allgemeinheit, sondern der Befriedigung privater Interessen
2371 dienen. Wir werden jeden kommunalen „Klüngel“, den wir entdecken, öffentlich machen.

2372 DIE LINKE wird dabei auch nicht-konventionelle Formen politischen Protests anwenden. Für uns ist
2373 klar: Wenn auf Kosten der Mehrheit Beschlüsse für einzelne Gruppen, Firmen oder Konzerne gefasst
2374 werden sollen, werden wir die Öffentlichkeit informieren und die betroffenen Bürgerinnen und
2375 Bürger dagegen mobilisieren.

2376 DIE LINKE lehnt Verwaltungsstrukturreformen ab, die zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben
2377 führen, zur Verlagerung von Lasten auf die Kommunen oder ausschließlich darauf zielen, Personal
2378 abzubauen. Aufgabenkritik muss sich an Verbesserungen für die Einwohnerinnen und Einwohner
2379 orientieren und unter Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Personalvertretungen und
2380 Gewerkschaften stattfinden.

2381 DIE LINKE NRW tritt ein für:

- 2382 • eine grundlegende Demokratisierung. Bestandteile dieser Demokratisierung können sein:
- 2383 • die Direktwahl der Mitglieder der Regionalräte;
- 2384 • perspektivisch die Weiterentwicklung der Regionalräte zu regionalen Wirtschafts- und Sozialräten, an denen Gewerkschaften und Umwelt- und Naturschutzverbände zu beteiligen sind;
- 2385
- 2386
- 2387 • die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit besonders an Schulen, in Jugend- und Familieneinrichtungen;
- 2388
- 2389 • Maßnahmen zur Erhöhung von Transparenz in der Kommunalverwaltung - und in städtischen Gremien wie z.B. Livestreaming, Verbesserung der Bürger-Informationssysteme.
- 2390

2391 **Mit der LINKEN für die Verbesserung der Lebenslage der Menschen vor Ort**

2392 Das Leben in der Kommune ist für viele Menschen der wichtigste Bezugspunkt des
 2393 persönlichen und sozialen Lebens. Wichtige Wünsche an ein gutes Leben konzentrieren sich
 2394 auf die Kommune und die bereit gestellten Dienstleistungen und Einrichtungen. Staat wird
 2395 hier täglich hautnah erfahrbar: Wohnen, Verkehr, Bildung, Infrastruktur, Umwelt,
 2396 Versorgung, Freizeit, Einkaufen, Kultur, Sport, Verwaltung, Unterstützung in besonderen
 2397 Lebenslagen, ästhetischer Stadtgestaltung.

2398 Die Kommunen sind jedoch keine Idylle, kein herrschaftsfreier Raum. Das Leben in der
 2399 Kommune wird zunehmend von der kommunalen Unterfinanzierung und dem damit
 2400 verbundenen Kürzungswahn bestimmt. Das gesamte Leben wird damit den Erfordernissen
 2401 der selbst auferlegten Schuldenbremse, Markt- und Konkurrenzgesetzen sowie privaten
 2402 Profitinteressen untergeordnet.

2403 Die kommunale staatliche Selbstverwaltung ist und wird immer mehr substantiell
 2404 ausgehöhlt. Die Kommunen werden seit Langem finanziell ausgeblutet. Wirtschaftliche
 2405 Eigenaktivität, alternative Produktionsformen, kulturelle Handlungsfähigkeit und kommunale
 2406 Selbstbestimmung gehen verloren.

2407 DIE LINKE ist angetreten, sich mit dieser unsozialen und undemokratischen Entwicklung nicht
 2408 abzufinden. Sie unterwirft sich nicht den angeblichen Spar- und Sachzwängen, sondern deckt
 2409 die Interessen auf, die hinter diesen vermeintlichen Zwängen wirklich stehen, und will diese
 2410 Verhältnisse im Interesse der Menschen verändern.

2411 DIE LINKE kämpft für eine echte Selbstverwaltung und ein selbstbestimmtes Leben.

2412 DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre
 2413 Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten wollen. DIE LINKE will die Demokratisierung
 2414 der Demokratie.

- 2415 • Unsere Kommunalpolitik ist demokratisch und emanzipatorisch. Wir wollen
 2416 partnerschaftlich mit den Menschen vor Ort Entscheidungen treffen.

- 2417 • Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit geleitet.

2418 • Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit
2419 geprägt.

2420 DIE LINKE wird in ihrer Politik den Gegensatz von dem, was möglich ist, und dem, was von
2421 anderen nicht zugelassen wird, immer wieder aufdecken und Alternativen aufzeigen. Und
2422 dies wollen wir gemeinsam mit allen Menschen tun, die eine andere und bessere Art von
2423 Leben anstreben.

2424 Unsere kommunale Arbeit hat immer drei unauflöslich verbundene Bestandteile:

2425 • Widerstand und Protest,

2426 • den Anspruch auf Gestaltung sowie

2427 • über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen.

2428 Sozialistischer Kommunalpolitik sind Grenzen gesetzt, denn aus den Zwängen einer
2429 Gesamtgesellschaft kann sich eine Kommune nicht allein lösen. Erst wenn ein
2430 bundespolitischer Politikwechsel eingeleitet worden ist, bestehen in der Kommune
2431 ausreichende Voraussetzungen, um tief greifende Verbesserungen zu erreichen. Auf dem
2432 Weg dorthin wollen wir auf kommunaler Ebene alles erreichen, was möglich ist und auch
2433 damit den gesamtgesellschaftlichen Politikwechsel vorantreiben.

2434 Wir wollen, auch gemeinsam mit gesellschaftlichen Selbstorganisationen, dazu beitragen, die
2435 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu verändern. Als Partei werden wir die
2436 Anliegen und Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Bewegungen aufgreifen und mit unseren
2437 zusätzlichen, auch parlamentarischen Möglichkeiten unterstützen. Unsere Mitglieder werden
2438 hierbei aktiv mitarbeiten.

2439 Gerade in den Kommunen wird nur etwas zu bekommen, zu gestalten und zu verändern sein,
2440 wenn es genügend öffentlichen Druck gibt.

2441 Unsere Praxis beweist: Die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN in den Räten,
2442 Bezirksvertretungen, Kreistagen und kommunalen Vertretungskörperschaften wollen sich
2443 nicht bereichern oder persönlich glänzen, sie beteiligen sich nicht an prinzipienlosem
2444 Kuhhandel, sondern sie engagieren sich für unsere Forderungen an der Seite der
2445 Bevölkerung.

2446 Insgesamt zielt unsere Politik darauf ab, hier und heute die Lebenslage der Menschen zu
2447 verbessern.